

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, veranlt. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Vesensbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verzins-Anzeigen
für die dreispaltigen Petitzeile oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Immer noch Vertragsstreifigkeiten. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1907. — Der politische Massenstreik in der russischen Revolution. — Wirtschaftliche Umschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908. — Eine blutige Manifestation der Pariser Bauarbeiter. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bericht. — Zentralratensakke. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitersturz, Submissionsen zc. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton.

Immer noch Vertragsstreifigkeiten.

In dem Artikel in der vorigen Nummer unseres Blattes ist ein Schreibfehler unterlaufen: nicht Schwabach, sondern Schweinfurt heißt der Ort, wo sich der Unternehmerverband hartnäckig sträubte, den Schiedspruch anzuerkennen.

Nunmehr haben sich auch die Schweinfurter eines Besseren besonnen, aber erst dann, als die Arbeiter einige Bauten sperren. Hierauf drohte der Unternehmerverband zunächst mit Ausperrung, einige Tage später mußte er sich aber doch dazu bequemen, den Schiedspruch anzuerkennen.

Auch in Herne hat der kampfbereite Aufsichtsrat der Arbeiter den Unternehmerverband veranlaßt, den Tariflohn zu zahlen, obwohl sie noch immer hoffen, der Schiedspruch könnte umgestoßen werden. Diese Hoffnung wird sich freilich nicht erfüllen.

Nun wird aus Westfalen noch gemeldet, daß auch die Unternehmer in Witten und Buer den laut Schiedspruch erhöhten Lohn nicht zahlen, obwohl er schon seit dem 1. Juli fällig ist.

Ebenfalls in Nürnberg ist der Streit vorläufig begraben; auch dort haben die Unternehmer einsehen müssen, daß sie um die Anerkennung des Schiedspruches nicht herumkommen konnten.

Alle Verträge sollen nun am 15. August in Berlin von den Zentralvorständen beider Parteien unterzeichnet werden. Der erstmalig dafür angelegte 1. August konnte wegen der von einigen Unternehmerverbänden bereiteten Schwierigkeiten nicht innegehalten werden.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1907.

I.

Aus den Veröffentlichungen verschiedener Gewerkschaftsblätter über die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe einzelner gewerkschaftlicher Organisationen im Jahre 1907 war schon zu erkennen, daß die wirtschaftliche und industrielle Krise im verflochtenen Jahre die Machtstellung der Gewerkschaften, die Kampfeslust und Kampfesmöglichkeit derselben nicht wesentlich zu beeinflussen vermochte. Klarer und deutlicher aber als in den Einzelberichten kommt diese Tatsache in der vorliegenden Statistik zum Ausdruck. Zwar schreibt die „Arbeitsgeberzeitung“ in ihrer Nr. 25 vom 21. Juni am Schlusse einer auszugswweisen Mitteilung der vorläufigen Ergebnisse der amtlichen Streikstatistik für das Jahr 1907: „Man sieht hieraus klar die Verschiebungen, die infolge der für die Arbeiter ungünstiger gewordenen Verhältnisse auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung stattgefunden haben: Der Erfolg der Ausstände ist gesunken, der der Ausperrungen erheblich gestiegen.“ Die „Arbeitsgeberzeitung“ mag es sich leisten, Schlussfolgerungen an Zahlen zu knüpfen, die ebenso unwichtig, wie die ihrer Betrachtung zu Grunde liegenden Zahlen unzuverlässig und nichtsjugend sind.

Die amtliche Streikstatistik ist — das haben wir bereits zum sonntäglichen Male nachgewiesen — für die Beurteilung des Wesens der wirtschaftlichen Kämpfe,

insbesondere aber der gewerkschaftlichen Erfolge durchaus nicht maßgebend. Streiks und Ausperrungen sind nicht in sich abgeschlossene Erscheinungen im Wirtschaftsleben, an deren Zahl, Umfang und Resultat der Entwicklungsgang der Arbeitszeiten, des Lohnes und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu erkennen ist. Die Erfolge gewerkschaftlicher Tätigkeit auf dem Gebiete der Regelung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen lassen sich nur an den Ergebnissen der ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen, in Verbindung mit den Ergebnissen der Streiks und Ausperrungen, ermitteln. Die einseitige amtliche Streikstatistik, die stets nur einen Teil der Lohnkämpfe umfaßt, die „friedlichen“ Lohnbewegungen aber gänzlich unbeachtet läßt, gibt ein völlig verzerrtes, falsches Bild von dem Ringen der organisierten Arbeiterkraft mit dem Unternehmertum und von den Erfolgen der Gewerkschaften.

Wie wenig die gewerkschaftliche Tätigkeit durch den wirtschaftlichen Niedergang im letzten Jahre beeinflusst worden ist, ergibt sich allein daraus, daß die Zahl der Fälle, in denen Forderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen gestellt wurden, gegen das Vorjahr nur wenig zurückgegangen und gegen 1905 noch bedeutend gestiegen ist. 1905 wurden in 5659 Fällen Forderungen gestellt, 1906 in 8543 Fällen und 1907 in 8053 Fällen. Es entfallen also von den 22255 in den letzten drei Jahren gestellten Forderungen 25,4 pZt. auf das Jahr 1905, 38,4 pZt. auf das Jahr 1906 und 36,2 pZt. auf das Jahr 1907. Auch hinsichtlich der Errungenschaften übertrifft das Krisenjahr 1907 noch wesentlich das im Zeichen der Hochkonjunktur stehende Jahr 1905, wenn es auch in dieser Beziehung nicht ganz an das an Lohnbewegungen und Lohnkämpfen außerordentlich reiche Jahr 1906 herankommt. Von den 6206 Tarifverträgen, welche in den letzten drei Jahren insgesamt zwischen Gewerkschaften und Unternehmern abgeschlossen worden sind, entfallen nur 24,3 pZt. auf das Jahr 1905, während 39,0 pZt. auf 1906 und 37,7 pZt. auf 1907 entfallen. Nun bedeutet der Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages an sich noch keinen Erfolg der Gewerkschaften, daß aber in punkto Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung im Jahre 1907 noch weit größere Erfolge erzielt worden sind als 1905, beweisen die folgenden Zahlen. In den Jahren 1905 bis 1907 wurde für 774 743 Personen Arbeitszeitverkürzung erreicht, wovon auf 1905 24,1 pZt., auf 1906 43,8 pZt. und auf 1907 32,1 pZt. entfallen. Ähnlich ist das Verhältnis in bezug auf Lohnerhöhung. Von 1 632 103 Personen, für welche in dem genannten Zeitraum Lohnerhöhungen erzielt wurden, kommen auf das Jahr 1905 26,2 pZt., auf 1906 42,4 pZt. und auf 1907 31,4 pZt. In jeder Hinsicht sind also die Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1907 viel größer als im Jahre 1905 und nicht viel kleiner als 1906. Man sieht, wie falsch es ist, die gewerkschaftlichen Erfolge lediglich nach der Zahl der erfolgreich beendeten Streiks und Ausperrungen beurteilen zu wollen.

Von den 8053 Fällen, in denen im Jahre 1907 Forderungen gestellt worden sind, wurden in 12 412 Orten insgesamt 56 272 Betriebe mit 1 118 233 Beschäftigten betroffen. In 235 Fällen mußten die Forderungen als aussichtslos zurückgezogen werden während in 166 Fällen die Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern stillschweigend anerkannt und bewilligt worden sind. In 4652 Fällen wurden, die Differenzen durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern beigelegt, während in 14 Fällen, in denen der Verband der Gemeinbedienten mit den kommunalen Verwaltungen in Unterhandlungen getreten ist, am Jahreschluss die Verhandlungen nicht zum Abschluss gekommen waren. Insgesamt waren an diesen Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung fanden, 525 235 Personen beteiligt. In

2986 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung oder zur Ausperrung. Während im Jahre 1906 nur 54,1 pZt. der Arbeitskonflikte durch erfolgreiche Unterhandlungen oder durch stillschweigende Zugeständnisse der Unternehmer ihre Erledigung fanden und 45,9 pZt. derselben Arbeitseinstellungen oder Ausperrungen im Gefolge hatten, konnten im letzten Jahre 61,8 pZt. der Differenzfälle ohne Arbeitseinstellung resp. Ausperrung beigelegt werden, so daß nur in 38,2 pZt. aller Konflikte das Mittel des Streiks resp. der Ausperrung in Anwendung kam. Die Zahl der an Streiks und Ausperrungen Beteiligten bleibt denn auch wesentlich hinter derjenigen des Jahres 1906 und noch weit mehr hinter der des Jahres 1905 zurück. Während 1905 insgesamt 507 964 Personen an Streiks und Ausperrungen beteiligt waren, betrug die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten im Jahre 1906 nur 316 042 und im Jahre 1907 nur 281 030. Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen betragen im letzten Jahre M. 12 533 561, hieben also um M. 918 157 gegen das Vorjahr zurück und sind um M. 1 534 428 höher als im Jahre 1905.

Durch Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen wurde 1907 im ganzen erreicht: Arbeitszeitverkürzung für 248 911 Personen, zusammen 912 660 Stunden pro Woche, und Lohnerhöhung für 513 213 Personen, zusammen M. 992 695 pro Woche. Ferner wurde erreicht Lohnaufschlag für Ueberstunden in 1884 Fällen, Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 1374 Fällen; Veseitigung der Akkordarbeit in 75 Fällen, Verbesserung der Fabrik- bzw. Bau- oder Werkstattdisziplin in 38 Fällen, Maßregelung wurde abgewehrt in 170 Fällen und sonstiges wurde erreicht in 1837 Fällen. Korporative Arbeitsverträge wurden in 2339 Fällen für insgesamt 272 046 Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt durchschnittlich für jeden Beteiligten 3 3/4 Stunden pro Woche gegen 3 1/4 Stunden in den beiden vorhergehenden Jahren. In einigen Fällen wurden ganz beträchtliche Arbeitszeitverkürzungen erzielt. So wurde für 71 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von je 30 Stunden pro Woche herbeigeführt. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als neun Stunden erreichten insgesamt 4598 Personen.

Was im einzelnen hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung in den letzten drei Jahren durch Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen erreicht worden ist, zeigt folgende Zusammenstellung:

Arbeitszeitverkürzung pro Woche	Für beteiligte Personen		
	1905	1906	1907
bis 1	11601	42064	27489
aber 1 bis 2	20092	29259	16332
„ 2 „ 3	72380	129595	115999
„ 3 „ 4	7111	21307	21982
„ 4 „ 5	4865	14980	9253
„ 5 „ 6	36922	74648	86707
„ 6 „ 7	2555	4361	1341
„ 7 „ 8	674	901	1030
„ 8 „ 9	3008	1531	1692
10	286	119	76
11	—	—	13
12	1377	2558	1791
13	80	120	14
14	2782	304	267
15	6	713	686
16	55	359	1626
17	—	—	54
18	280	613	—
19	—	111	71
20	14	—	—

Die erkämpfte Lohnerhöhung betrug im Jahre 1905 im Durchschnitt für jeden Beteiligten M. 2,07 pro Woche und im Jahre 1906 nur M. 1,87 pro Woche,

während sie im Jahre 1907 wieder M. 1,93 pro Woche beträgt. Lohnerhöhungen von mehr als M. 6 pro Woche wurden im Jahre 1907 für 2229 Personen erreicht gegen 805 im Jahre 1906 und 698 im Jahre 1905.

Table with columns: Lohnerhöhung pro Woche, Für beteiligte Personen (1905, 1906, 1907). Rows show wage increases from 0.50 to 16.00 M.

Vorstehende Zusammenstellung zeigt im einzelnen die in den letzten drei Jahren eingetretenen Lohnerhöhungen. Sind auch Lohnerhöhungen im Jahre 1907 nicht in dem Umfange erreicht worden wie 1906, so ist das Errungene doch durchaus nicht zu unterschätzen. Schon die Tatsache, daß in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs es den Gewerkschaften möglich ist, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in solchem Umfange durchzusetzen, und zwar zum größten Teile ohne Streit, beweist, welche Macht den gewerkschaftlichen Organisationen innewohnt.

An den im letzten Jahre errungenen Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen sind so ziemlich alle Industrie- und Berufsgruppen beteiligt. In der gesamten Baugewerbe wurden für 50792 Personen durchschnittlich 4 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 151843 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von M. 2,40 pro Woche erreicht. In der Metallindustrie sind die Errungenschaften etwas geringer. Es wurden für 92144 Personen durchschnittlich 3 1/4 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 97585 Personen durchschnittlich eine Lohnerhöhung von M. 1,61 wöchentlich herbeigeführt. In der Holzindustrie wurde die Arbeitszeit für 25516 Personen durchschnittlich um 2 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt und der Lohn für 51040 Personen um durchschnittlich M. 1,57 pro Woche erhöht. Auch in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wurden ganz erhebliche Verbesserungen erreicht. Die Arbeitszeit wurde für 14448 Personen um durchschnittlich 5 1/4 Stunden pro Woche verkürzt und der Lohn für 43538 Personen um durchschnittlich M. 1,95 pro Woche erhöht. Im Handels- und Transportgewerbe wurde für 10173 Personen die Arbeitszeit um 5 1/2 Stunden durchschnittlich pro Woche verkürzt und der Lohn für 36055 Personen durchschnittlich um M. 2,55 wöchentlich erhöht. Die graphischen Gewerbe und die Papierindustrie sind an

den Errungenschaften weniger beteiligt, immerhin ist auch hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Für 3025 Personen wurde eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden pro Woche und für 3456 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von M. 1,48 pro Woche erreicht. Erheblicher sind die Erfolge in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie. Hier ist eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich wöchentlich 3 Stunden für 36156 Personen und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich M. 1,47 wöchentlich für 70694 Personen zu verzeichnen. Alle übrigen Berufe zusammen, das sind die an den Arbeitsfontisiten beteiligten Organisationen der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Gärtner, Gasmittelgehülfen, Gemeindegewerkschafter und Glasarbeiter, erzielten für 16657 Personen 6 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung durchschnittlich pro Woche und für 59002 Personen M. 1,77 im Durchschnitt wöchentlich Lohnerhöhung.

Im Baugewerbe ist die errungene Arbeitszeitverkürzung im Durchschnitt für den Beteiligten höher als im Vorjahre; sie betrug 1906 3 1/2 Stunden gegen 4 Stunden im Jahre 1907. Ebenso ist auch die im Durchschnitt auf den einzelnen Beteiligten entfallende Lohnerhöhung im Baugewerbe für 1907 um 23 % pro Woche höher als für 1906. In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie betrug die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung für den Beteiligten im Jahre 1906 wöchentlich 4 Stunden, während sie 1907 5 1/4 Stunden beträgt. So sind also in einzelnen Berufen 1907 bedeutend bessere Erfolge erzielt worden als in dem vorhergehenden Jahre.

Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Insgesamt fanden im letzten Jahre 5067 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung statt. 4801 Bewegungen dienten zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und 266 Bewegungen dienten der Abwehr von Verschlechterungen. Die zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen (Angriffsbewegungen) erstreckten sich auf 32521 auf 8540 Orte verteilte Betriebe und zusammen 659094 Beschäftigten. An den Lohnbewegungen beteiligten sich 507728 = 77 pzt. aller in den betroffenen Betrieben beschäftigten Personen. In 1809 der von den Bewegungen betroffenen Orten bestand eine Organisation der Unternehmer und in 1632 Orten gehörten die von den Bewegungen betroffenen Unternehmer der Organisation an. Von den Angriffsbewegungen hatten 3733 mit 410839 Beteiligten vollen Erfolg. 843 Bewegungen mit 73641 Beteiligten endeten mit teilweisem Erfolg und 205 Bewegungen mit 15700 Beteiligten waren erfolglos, während der Ausgang von 6 Bewegungen unbekannt blieb. 14 Bewegungen mit 7201 Beteiligten waren am Schluß des Jahres nicht beendet.

Die 266 Abwehrbewegungen erstreckten sich auf 198 Orte und 330 Betriebe mit 42665 Beschäftigten. In 131 Orten bestand eine Unternehmerorganisation und die von den Bewegungen betroffenen Unternehmer gehörten in 118 Orten der Organisation an. Beteiligt waren an den Abwehrbewegungen 17507 = 41 pzt. der in den fraglichen Betrieben beschäftigten Personen. Mit vollem Erfolg endeten 226 Bewegungen, an denen 15929 Personen beteiligt waren. Teilweisen Erfolg hatten 18 Bewegungen mit 1197 Beteiligten und erfolglos waren 22 Bewegungen mit 381 Beteiligten.

Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung betrugen im Jahre 1907 M. 69729. Im Jahre 1905 wurden von den Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung 79,4 pzt., 1906 77,5 pzt. und 1907 77,8 pzt. mit vollem Erfolg beendet. Von den an Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung beteiligten Personen hatten 1905 74,0 pzt., 1906 77,4 pzt. und 1907 80,9 pzt. vollen Erfolg. Von den Abwehrbewegungen hatten im Jahre 1905 93,2 pzt., 1906 89,2 pzt. und 1907 84,9 pzt. vollen Erfolg, und von den an dieser Bewegungen beteiligten Personen hatten 1905 92,0 pzt., 1906 95,1 pzt. und 1907 91,0 pzt. vollen Erfolg.

Von den Angriffsbewegungen des Jahres 1907 wurden 4131 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt, und zwar wurde, soweit festgestellt werden konnte, in Verhandlungen eingetreten auf Antrag der Unternehmer in 238 Fällen und auf Antrag der Arbeiter in 2661 Fällen. Durch Verhandlungen der Parteien direkt wurden 1579 Fälle erledigt. Ferner fanden ihre Erledigung durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation 477 Fälle, durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht 60 Fälle, durch Vermittlung der Organisationsinstanzen 1797 Fälle und durch Vermittlung anderer Personen oder Körperschaften 17 Fälle. Abwehrbewegungen wurden 217 durch Vergleichsverhandlungen erledigt, und zwar durch Verhandlungen der Parteien direkt 96, durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation 5, durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht 3 und durch Vermittlung der Organisationsinstanzen 105. Soweit ermittelt werden konnte, wurden die Verhandlungen geführt in 139 Fällen auf Antrag der Arbeiter und in 8 Fällen auf Antrag der Unternehmer.

An den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung waren insgesamt 49 Organisationen beteiligt. Die Organisationen folgender Berufe hatten nur Angriffsbewegungen zu verzeichnen: Asphaltarbeiter, Bäcker und Konditoren, Bauhilfsarbeiter, Bergarbeiter, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdecker, Fleischer, Gärtner, Gemeindegewerkschafter, Glaser, Graveure, Hafnarbeiter, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Kirchhner, Lagerhalter, Maurer, Mühlenarbeiter, Schiffszimmerer, Schmiede, Seeleute, Steinarbeiter, Stukkateure, Zigarrenfortierer und Zimmerer. An Angriffsb- und Abwehrbewegungen beteiligt waren die Organisationen der Bildhauer, Blumenarbeiter, Fabrikarbeiter, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Gutmacher, Ledearbeiter, Lithographen, Maler, Maschinenf. Metallarbeiter, Sattler, Schirmmacher, Schneider, Schuhmacher, Steinsetzer, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter, Töpfer und Transportarbeiter.

Der politische Massenstreik in der russischen Revolution.

II. Worauf es nach den Ausführungen Tscherevanins hauptsächlich ankommt, ist, zu erfassen, daß dem politischen Massenstreik, der vom Proletariat und von der Intelligenz organisiert und durchgeführt wurde, auch die weitaus größten Teile der Bourgeoisie mit ungewissermaßen sympathischer Teilnahme erlagen. Die in unserem ersten Artikel angeführten Tatsachen bezeugen das klar und deutlich.

Unser Gewährsmann sagt: „Alles war damals gegen die Regierung, selbst ihre eigenen Beamten, die Spitzen

Zweckmäßige Ausführung von Gipsstrich-Fußböden.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

Kürzlich wurde mir folgender Streitfall zwischen einem Maurermeister und seinen Arbeitern vorgetragen mit der Aufforderung, ein Gutachten abzugeben. Mehrere Arbeiter hatten gemeinsam die Ausführung eines Gipsstrich-Fußbodens in Frage gestellt. Die Arbeit wurde im vorigen Frühjahr im Neubau eines Geschäftshauses ausgeführt, doch schon im Herbst zeigten sich größere Schäden, so daß die Arbeiter einige Quadratmeter ausbessern mußten. Es hatten sich unter dem Anoleum Wasser gebildet, und zwar war der Estrich 10 bis 15 cm hoch aufgetrieben worden. Bald zeigten sich weitere Aufhebungen, und der Meister vertat nun die Ansicht, daß die Maurer verantwortlich seien, da sie die Arbeit nicht gewissenhaft ausgeführt hätten.

Man kann aus der Schilderung der ausgeführten Arbeit kein vollständig klares Bild gewinnen — doch will es mir scheinen, daß die für den Estrich verwendete Mischung aus je fünf Ead Steinhöfen auf drei Ead Estrichgips als unzuverlässig anzusehen ist. Ferner wurde das Anoleum zu früh auf den noch feuchten Estrich gebracht. Ich will hier den Streitfall nicht entscheiden, vermag natürlich auch aus der Entfernung nicht zu beurteilen, ob wirklich guter Estrich verwendet wurde; in der Regel dürfte bei derartigen Differenzen wohl auch die Frageprüfung eines sachverständigen Chemikers notwendig werden, der Teile des schadhaften Estrichbodens zu untersuchen hätte. Aber ich will hier betonen, auf welche Punkte man im allgemeinen bei Herstellung von Gipsstrich-Fußböden zu achten hat.

Man kann Gipsstrich sowohl auf massiver Unterlage, wie auch auf einer Balkenlage ausführen. Es ist nur zu

beachten, daß der Estrich in dem einen wie in dem anderen Falle eine wirklich zweckmäßige Unterbettung erhält. Auf Dielenfußböden kann man den Estrich nicht aufbringen, weil die Fußbodenbretter die Feuchtigkeit aus dem Gips aufsaugen und sich krümmen, so daß man sofort einen ungleichen und welligen Boden erhält und die Bewegung des Holzes, je nach dem Grade der Trocknung, weiter den Gipsboden beeinflussen wird. Man muß also als Grundlage die Balkenlage selbst betrachten, die Felder zwischen den Balken in sorgfältiger Weise mit Staekung versehen, dann die Balkenfelder mit Sand oder trockenem Kalkschutt ausfüllen und das ganze oben mit einer Lehmsticht bedecken, die selbst zu stampfen ist. An Stelle der Lehmsticht kann man auch eine dünne Schicht aus scharfem Sand oder aus Steinhöfen- oder Kalkschlamm verwenden. Es ist aber zu beachten, daß die häufig verwendete Steinhöfenschicht oder auch die Schlacken oft ungelöste Kalkteile enthalten, die nach dem Aufbringen des feuchten Gipses nachträglich abblühen und ein Treiben des Materials hervorruft. Die Gipsmasse kann auf eine derartige Unterbettung auch nur nach gründlicher Durchfeuchtung aufgebracht werden; denn der Gips muß unbedingt langsam abbinden und feucht gehalten bleiben, und deshalb muß man dafür sorgen, daß dem Gipsbrei nicht die Feuchtigkeit vom Unterboden entzogen wird. Feuchtet man diesen vorher an, so ist dies nicht zu befürchten.

Es ist nur langsam abbindender Estrichgips zu verwenden, nicht etwa gewöhnlicher Studgips. Auch dieser Fehler ist schon häufig gemacht worden, und es ist selbstverständlich, daß man mit diesem völlig ungeeigneten Material auch ein völlig unzulängliches Resultat erhalten muß. Auch der Zusatz von Leimwasser macht einen Studgips niemals zu Fußböden geeignet. Man verfährt in der Weise, daß man durch Ratten Felder von etwa 2 m Breite abtrennt, diese mit dem gut flüssigen Gips ausfüllt, nach

dem Erstarrten der Masse die Ratten fortnimmt und so mit der Arbeit fortfährt, bis der Raum vollständig gedeckt ist. Ein guter Estrichboden soll sich nach dem Verlauf eines vollen Tages schliessen und glätten lassen — denn das sind Arbeiten, die zur Erzielung eines schönen Gipsstrichbodens erforderlich sind. Unzuverlässig ist es auch, die Gipsbede auf Schwellen oder unmittelbar auf ein Unterspaltwerk von Zementbeton zu bringen, denn auch dieser Umstand gibt dem Breiten des Fußbodens Veranlassung. Auch der Zementbeton soll von dem Gipsstrich durch eine dünne Sandschicht isoliert werden.

In welcher Weise man den Gips anzurühren hat, das ist erfahrenen Arbeitern wohl bekannt. Sie besitzen die Geschicklichkeit, den Gips langsam von der Schaufel in das Wasser einzutreten — denn beim Einschütten größerer Mengen bilden sich Ballen oder Klumpen. Der Drei muß aber ganz gleichmäßig sein, wenn man einen guten Estrich erhalten will. Er wird dann mit Hilfe einer Kanne oder dergleichen auf die feuchte Untersticht, in der Regel etwa 5 cm stark aufgetragen und sofort gebednet, wobei dafür Sorge getragen ist, daß ein Arbeiter schon mit der nächsten Kanne bereit steht, sobald die Arbeit soweit vorgeschritten ist.

Nun ist in dem oben erwähnten Falle nicht reiner Gips, sondern ein Zusatz von Steinhöfen zu verwenden, und zwar in dem auffälligen Verhältnis von drei Teilen Estrichgips auf fünf Teile Höfen. Der betreffende Maurermeister ging wahrscheinlich von der Annahme aus, daß man einen Boden, der mit Anoleum belegt wird und der demgemäß gegen den direkten Angriff geschützt ist, nicht so fest und hart zu machen brauche, wie einen unbetonten Gipsstrich. Das ist an sich wohl richtig, aber es ist zu berücksichtigen, daß der Gips mit der Höfen (vielleicht war es auch Schlacke) doch keine chemische Ver-

der Bureaucratie natürlich ausgenommen. Das Großkapital und die Bourgeoisie gingen nicht so weit in ihren Forderungen wie das Proletariat und die bürgerliche Demokratie. Anstatt einer konstitutionellen begnügten sie sich mit der Forderung politischer Freiheiten und einer konstitutionellen Verfassung. Sie waren aber gegen die Regierung, und im erbitterten Kampfe zwischen Demokratie und Regierung bot die Bourgeoisie der ersteren und nicht der letzteren ihre Hand.

So war die Regierung im Oktober 1904 vollständig isoliert, wenigstens in den Städten. Der Boden schwand ihr unter den Füßen, sie trachte in allen Fugen, und es blieb ihr nichts anderes übrig, als nachzugeben, indem sie das bekannte Manifest veröffentlichte, in dem sie versprach, der Bevölkerung unerschütterliche Grundgesetze zur politischen Freiheit und Bürgerrechte auf Grund der Unverletzbarkeit der Person, Gewissensfreiheit, Rede-, Press-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit zu schenken; sowie der Duma konstitutionelle Rechte zu sichern.

Tscherevanin bemerkt: „Der falschste Streik, den die Welt je gesehen hat, hörte auf, indem er die Gegner zur Kapitulation gezwungen hat.“ Aber es kommt darauf an, zu beachten, daß dieser Streik und sein Erfolg nur dadurch möglich war, daß die Intelligenz und die Bourgeoisie sich mit dem Proletariat verbündeten. Die Stellung der Bourgeoisie und eines Teiles der Intelligenz wurde eine andere, als diese Elemente sich getrennt haben in ihrer Hoffnung, mit der Einberufung der Reichsduma werde die Revolution ein Ende nehmen. Sie dauerte fort; ganz logisch mußte sie fortbauern, wie Tscherevanin überzeugend darlegt. In demselben Maße, wie das der Sozialdemokratie folgende Proletariat sich mehr und mehr auf den Standpunkt des Klassenkampfes stellte, tat sich die Klust auf und vertiefte sich zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Demokratie und Bourgeoisie. Und nun kam die Periode der russischen Revolution, in der, nach Tscherevanins Darstellung, die Sozialdemokratie in den Fesseln verfiel, die Machtverhältnisse des Proletariats zu überschätzen und die seines Gegners zu unterschätzen. Der sogenannte dritte Parteitag der russischen Sozialdemokratie sprach sich für eine eigenmächtige Einführung des Achtstundentages durch die Arbeiter aus. Von dieser Idee sagt der Verfasser, daß sie eine unheilvolle war, die der Revolution nichts als Schäden bringen konnte. Denn: „Entweder — oder! Entweder endet der Kampf mit einem vollständigen Sieg der Revolution; eine demokratische Regierung wird geschaffen, und dann ist die Einführung des Achtstundentages auf dem gesetzgebenden Wege durch die Staatsgewalt ermöglicht und somit die gewalttätige, eigenmächtige Einführung desselben überflüssig. — oder der Kampf ist noch nicht beendet, dann bedeutet die gewalttätige Einführung des Achtstundentages einen so heftigen Ansturm auf die Kapitalistenklasse, der nur die Kräfte der Revolution schwächen konnte, er bedeutet die Verringerung der Aussichten auf Sieg und Erfolg.“ Man habe schon damals voraussehen können, daß die gewalttätige Einführung des Achtstundentages den heftigsten Widerstand der Kapitalisten hervorgerufen werde, daß der Kampf auf diesem Gebiete in die Arme der Reaktion treiben würde, was nur die Machtstellung der Regierung stärken müsse, und daß das Proletariat in diesem Kampfe sehr viel Kräfte verschwenden werde, ohne dabei irgend welche Aussicht auf Sieg und Erfolg zu haben. Allerdings hätten die unteren Schichten des Proletariats einen sehr starken Trieb zur eigenmächtigen, gewalttätigen Einführung des Achtstundentages gefühlt. „Das war nur natürlich nach jener ungeheuren Agitation, die darum geführt worden war. Aber die Führer der proletarischen Massen, ihre disziplinierten und bewußten Elemente sind doch nun einmal nicht dazu da, um den Launen der Massen zu folgen.“ In den breiten Massen des Proletariats war die Stimmung erzeugt: Würde auf revolutionärem Wege das Streikrecht, die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit errungen — warum denn nicht auf eben diesem Wege auch den Achtstundentag erringen! Dabei wurde völlig der große Unterschied übersehen, der zwischen dem Kampf um politische Freiheit und dem Kampf um den Achtstundentag ist. Im ersten Falle hatte das Proletariat alle produktiven Klassen der Bevölkerung, darunter auch seinen Feind, die

Bourgeoisie, auf seiner Seite, während es im Kampf um den Achtstundentag ganz isoliert stand und ihn ganz allein führen mußte, ohne Ausbitter, einen Sieg davonzutragen, dagegen mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit, die Bildung einer Koalition zwischen seinen Gegnern — zwischen der Regierung und den Kapitalisten — zu begünstigen.

Tscherevanin behauptet, daß die leitenden Kreise der Sozialdemokratie das den proletarischen Massen nicht erwünschteste, daß sie der tollkühnsten Stimmung, die verhängnisvoll auf die späteren Schicksale des proletarischen Kampfes einwirkte, keinen Widerstand entgegensetzte. Die berufende revolutionäre Aufregung trieb in diesem Moment das Bewußtsein der proletarischen Führer und machte sie ganz unfähig, die Machtverhältnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte richtig und nüchtern einzuschätzen und ihre Taktik danach zu richten.

Der Arbeiterdeputiertenrat dekretierte die Einführung des Achtstundentages „eigenmächtig auf revolutionärem Wege“. Die Bewegung griff um sich, d. h. das Proletariat arbeitete eifrig daran, die Kapitalisten in die Arme der Regierung und die Regierung in die Arme der Kapitalisten zu treiben. Es schien, als ob es sich bei dieser besonderen Aufgabe gestellt hätte, diese seine beiden Feinde aufzunehmen zu müssen. Der Arbeiterdeputiertenrat beging die Unklugheit (mit 400 gegen 4 Stimmen), die Fortsetzung des politischen Massenstreiks zu beschließen; er bewies damit nur, daß er die Fühlung mit den Massen und die Fähigkeit, die Massen zu führen, zu verlieren begann.“ Schon am nächsten Tage sah sich der Arbeiterdeputiertenrat genötigt, entsprechend der allgemeinen Tendenz der Streikenden, seinen Beschluß aufzugeben und die Beendigung des Streiks zu erklären. „Der Streik brachte also eine völlige Niederlage. Statt eine Demonstration der Macht des Proletariats zu sein, wurde er zu einer Demonstration seiner Schwäche.“

Während die Regierung triumphierend aufschaute, wie die Kräfte der Opposition sich gesplitterten, und den weiteren Fortgang der Ereignisse in ihrem Interesse ausnutzte, nahmen die Kapitalisten eine drohende Haltung ein. Die Besitzer von 72 Metallfabriken, der Textilfabriken, der Glasbläserwerke, drohten mit allgemeiner Aussperrung, falls diese den Achtstundentag einzuführen versuchen würden. Die Regierung kam den Kapitalisten zu Hilfe, schloß eine ganze Reihe von Staatsverträgen, verbot die Meetings der Arbeiter und löste Truppen in die Fabriken. Circa 100 000 Arbeiter wurden auf das Pfahlfeld geworfen, und so sah sich der Arbeiterdeputiertenrat genötigt, es für notwendig zu erklären, vorläufig die gewalttätige Einführung des Achtstundentages einzustellen und alle geschlossenen Fabriken zu öffnen.

Nunmehr ging die Regierung in äußerst terroristischer und provokatorischer Weise gegen die Arbeiter vor; sie hatte, sagt Tscherevanin, ein eigenes Interesse daran, den Massenstreik in einen Unfug zu übergehen und zu lassen, um nachher um so leichter eingreifen zu können. „Sie drängte das Proletariat auf die Alternative: entweder ein siegreicher, bewaffneter Zustand, oder eine ungünstige Lage. Das Proletariat nahm den ungünstigen Stand an. Es hatte nun nicht nur die Regierung, sondern nunmehr auch die Bourgeoisie, die im eigenen Interesse den Arbeiterstreik sympathisch unterstützte, gegen sich. Das Proletariat war aber bei weitem nicht überall reif genug, den entscheidenden Ansturm auf die Mannschaften, die Arbeitermassen Petersburgs, waren durch die hochgehenden bezweifelten Kämpfe gegen die bereinigten Kräfte der Regierung und Bourgeoisie stark geschwächt und erschöpft.“

Im Dezember 1905 kam der ungeheure, bewaffnete Aufstand in Moskau, an dessen Schwelle ein mächtiger Hof- und Telegraphenstreik stand. Dieser Streik war ein taugliches Finale jener firmenden Tätigkeit, die der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat einleitete. Ueber Moskau wurde der Kriegszustand verhängt, Truppen wurden entsandt. In Kasan kam es zu einem Eisenbahnstreik von allgemeinem Charakter, der in einem

fürchterlichen Gewaltkampf überging, und mit der Niederlage der Streikenden endete. In Moskau begann der Streik am 20. Dezember einmütig; am 22. Dezember stellten sämtliche Fabriken, auch die Kleinbetriebe, Industrie wie Handwerker, die Arbeit ein, Kienelenteings fanden statt; ein ungeheures Parakablen wurde geschaffen. Die leitenden Elemente in der sozialdemokratischen Partei erlitten den Ernst der Lage; um Massenmorde zu verhindern, empfahlen sie, zu Hause zu bleiben, keine Meetings oder Demonstrationen zu veranstalten; eine Gruppe der sozialdemokratischen Partei konstituierte am 27. Dezember, daß ohne den Lebergang der Armee zum Volke ein Sieg ausgeschlossen sei, und beschloß, den Streik zu beenden. Eine andere Gruppe jedoch ließ sich von kampfesfreudiger Stimmung hinreißen und beharrte auf dem Kampf, obwohl konstatiert wurde, daß die revolutionäre Stimmung der Arbeitermassen im Sinken begriffen war. Die Bewegung, die auch die Wüstau benachbarten Industriegebiete ergriffen hatte, näherte sich ihrem unermesslichen Ende. Fürchterlich hatte die Solbatesla gewütet, die Bevölkerung selbst begann die Barricaden hinwegzuräumen und am 28. Dezember, als eine ganze Reihe von Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen hatte, beschloß das Exekutivkomitee, den Streik vom 1. Januar ab als beendet zu erklären.

Tscherevanin bemerkt hierzu, daß die mißglückte Dezemberbewegung mit ihren Greueln und Schreden notwendigerweise im Gemüte der Bevölkerung die tiefsten Spuren zurücklassen und eine im höchsten Grade psychologisch ungünstige Grundlage für jeden künftigen Aufbruch zur Erhebung schaffen mußte. Tscherevanin hofft, daß im Verlauf der künftigen Entwicklung der Revolution die Lehren der Dezemberbewegung ihren Eindruk auf das Volk nicht verfehlen werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Solinger Bank und rheinisch-westfälische Kleinseidenindustrie. — Scheinwettbewerb bei den großen Elektrizitätsunternehmungen. — Synchritfortschritte. — Aus- und Rückwanderung.

Aus dem Gebiete der rheinisch-westfälischen Kleinseidenindustrie lauten die Nachrichten schon lange überaus trübe. Durch den Zusammenbruch der Solinger Bank wird wahrscheinlich die schiebende Krankheit einem kritischen Höhepunkt zugehrieben werden.

Offenbar leiden die meisten hier vertretenen Produktionszweige an einer langjährigen Ueberproduktion, gefördert durch die Heimarbeit, die nach alter Erfahrung stets die Ueberkonfurrenz rascher als sonst erzeugt, weil das auftraggebende und aufstauende Großkapital vom Risiko eines Rückfluges, weniger als sonst zu fürchten hat und daher den Wettbewerb lieber steigert, anstatt ihn, wie heute im Zeitalter der Kartelle so oft, zu beschränken. Ferner stehen einzelne, früher blühende Exportbranchen vor der unabänderlichen Tatsache, daß wichtige Absatzmärkte mehr und mehr zur Eigenzeugung übergehen und sich durch wachsende Schutzzölle die Auslandsware vom Hals halten. Die rege Verbindung mit Amerika hatte wiederum den Nachteil, daß die überseische Krisis ganz plötzlich einen ansehnlichen Warenabfluß förmlich abschnitt. Preiskonventionen und Kartelle sind für so vielgestaltige und gesplitterte Produktionen und Erzeugnisse kaum vorhanden und schwer durchzuführen; ein wildes Preisunterbieten begann daher sofort mit dem Konjunkturschlag, der für bedeutende Branchen schon mit dem fühlbaren Stillstand im deutschen Waageverge heraufzog.

Eine maßlose Kreditwirtschaft scheint sowohl die frühere gute wie die spätere schlechte Zeit begleitet zu haben: erst, um die Mittel- und Kleinunternehmungen besser in Gang zu bringen — dann, um die gefährdeten, mit dem Verfallenen bedrohten Existenzen über Wasser zu halten. Mit im Vorbergrunde stand dabei die erwähnte Solinger Bank, die, 1877 mit dem beschriebenen Aktienkapital von 3 000 000 gegründet, von jeher stark mit den „kleinen Leuten“, als Einlegern wie als Kreditnehmern, zu tun hatte, was natürlich nicht ausreichte, daß auch der zum Verleger und zum Exporteur aufgerichtete Mittel- und Großkapitalist Kunde der Bank blieb. Diese verheerete und hob sich aufhebend; zuletzt arbeitete sie mit einem vollbesetzten Aktienkapital von 3,6 Millionen Mark. Nach neueren Darstellungen hätte der verstärkte Wettbewerb

Bindung eingeht wie etwa Kalk und Sand, sondern daß Ätze, Koks, Sand und dergleichen im Gips eben nur eingebettet liegt und die günstigsten Eigenschaften des Estrichgipses, der ja doch eine große Härte erreicht, sehr erheblich mindert, wenn der Zusatz in so großen Mengen erfolgt. Rührt man reinen Gips, dann bildet der Fußboden eine ununterbrochene feste Platte, legt man aber Ätze oder Schlacken hinzu, dann wird diese Platte tausendfach unterbrochen — und das kann nur nachteilig sein. Und wenn dann eine derartige Mischung auch nur 2 cm stark aufgetragen wird, wie im vorliegenden Falle, so kann das auch nicht gerade als sehr solide Ausführung hingestellt werden. Um die Bewegung der Gipsplatte nicht zu verhindern, werden gewöhnlich Latzen an den Wänden entlang gelegt, die also hier einen Streifen ausparen; an diesen Stellen wird der Gips erst nach einigen Tagen eingefüllt. Das ist in dem erwähnten Beispiel adht Tage nach Ausführung des übrigen Teiles erfolgt, und es ist anzunehmen, daß in dieser Hinsicht die Ausführung sachgemäß geschah. Aber die Mischung selbst war ungesundmäßig. In anderen Fällen pflegt man auf zwei Teile Gips nur etwa ein Teil Sand oder zerfeinerte Kalkschlakte zu verwenden, wobei der Gips die einzelnen Sand- oder Schlackekörner zu verhüllen vermag. Wird eine zu große Menge von Fremdkörpern verwendet, so ist dies nicht zu erreichen.

Im vorliegenden Falle hatte man sich auch damit begnügt, die Masse einfach abzugleichen. Will man einen guten Estrich erhalten, so kann man sich damit begnügen. Wenn der Gips ziemlich erhärtet ist, also nach 12 bis 24 Stunden, dann muß er sich noch schlagen lassen. Es werden hierbei Klopfschläger angewendet; die Gipsdecke verringert sich durch tüchtiges Schlagen um ein Viertel ihrer Gesamthöhe und verdichtet sich infolgedessen wesentlich. Dann erst erfolgt das Glätten mit kählernen Ketten. Beim Klopfen ist das Wasser an die Oberfläche getreten;

das ist aber kein Fehler, denn bis zur Vollendung aller Arbeiten wird der Gipsstrich immer etwas feucht gehalten werden. Man soll auch nach dem Glätten nicht etwa zum Trocknen des Bodens die Fenster öffnen; im Gegenteil, der Boden muß feucht bleiben, da dies wesentlich dazu beiträgt, eine sehr harte und widerstandsfähige Decke zu erhalten. In der Regel ist der Boden erst nach Beckauf von zwei Wochten bereit, daß man ihn, ohne Schäden anzurichten, zu besichtigen vermag.

Wie steht es nun mit dem Binoleumbelag? In dem erwähnten Beispiel wurde das Binoleum vier bis fünf Wochen nach Herstellung des Bodens verlegt. Die Maurer betonen, sie wären der Ansicht gewesen, daß der Boden vollkommen trocken sei, bei den Reparaturen aber, die naturgemäß eine Aufnahme des Binoleums erforderlich machten, zeigte es sich, daß dieses an der unteren Seite sehr feucht war. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder war der Boden tatsächlich noch nicht hinlänglich trocken, als das Binoleum verlegt wurde, oder aber die Fußbodenmasse war selbst verlegt, Feuchtigkeit aus den Wänden des Neubaus und aus den unter dem Fußboden liegenden massiven Gipssteinen aufgenommen. Ich meine, daß wird man bei dieser Mischung, namentlich wenn wirslich Ätze Verwendung fand, mit Recht zutrauen können. Wäre der Boden nicht so feucht gewesen, so hätte daraus kein Nachteil entstehen können. Gewölbe und Fußböden würden in einigen Wochen oder Monaten vollständig ausgetrocknet sein. Aber Binoleum bildet ja ein außerordentlich dichtes Material — das oxydierte Keimöl, das für Binoleum verwendet wird, ist ja die Aushärtung — und da konnte der Fußboden eben nach dem Verlegen nicht weiter austrocknen, die Feuchtigkeit konnte nicht verdunsten und das ist dann auch für den ganzen Fußboden, der ohnehin aus einer ungemühten Mischung bestand, wahrscheinlich sehr nachteilig gewesen.

Binoleum wird von den Gipsfachleuten als Belag für Gipsstrichböden sehr empfohlen. Dagegen läßt sich gar nichts einwenden, aber es ist immer risant, Binoleum auf massive Fußböden eines jeden vollendeten Neubaus zu bringen. Es vergehen häufig Monate, ehe Wände und Gewölbe eines Neubaus hinlänglich trocken sind. Will man Binoleum auf Gipsstrich legen, so lasse man sich ruhig ein halbes Jahr Zeit; erst dann bringe man das Binoleum auf.

Ist man aber genötigt, mit der Verwendung von Binoleum zu warten, dann ergibt sich daraus auch, daß man den Gipsstrich fest genug herstellen muß, damit er auch unbelastet betreten werden kann; und darum darf man nicht eine so große Menge Sand, Ätze oder Schlacken in den Gips einbetten. Ein unbelasteter Gipsstrich braucht nicht unansehnlich zu erscheinen; man kann dem Estrichgips durch Zusatz von Erdsande jede beliebige und gefällig wirkende Färbung verleihen. Man kann ihn noch glatter und schöner machen, wenn man den Boden noch völligem Austrocknen mit Leinöl oder mit einer Lösung von Paraffin in Benzol tränkt, was häufig erst nach Abschleifen des Bodens mit Sandstein geschieht. Man kann auch durch Verlegen von Latzen vorzuführen des Gipsbreites Felder bilden und die ausgeparten Streifen oder Muster mit anders gefärbtem Estrichgips füllen und so einen sehr gefälligen Fußboden erhalten. Man ist also auf die Verwendung von Binoleum nicht unbedingt angewiesen, aber jedenfalls soll dieses Material erst dann aufgebracht werden, wenn hinsichtlich der vollständigen Trocknung des Fußbodens kein Zweifel aufkommen kann.

der Großhändler die Gewinnmaximierung schon lange sehr herabgedrückt und viele der besten Kunden weggeschafft. Bewagte und leichtfertige Kreditverweigerung, um Kunden festzuhalten und heranzuführen, soll frühzeitig eingegriffen sein. Wie so oft vor der Katastrophe, greift die Leitung zuletzt zu Bilanzverschönerungen und falschen Buchungen. Auch auf diese Lebensläufe mußte man verzichten, als die Verluste durch die Ausbreitung der Krisis rapid anstiegen. Die beiden Direktoren sind rasch nacheinander aus dem Leben geschieden; nach vergeblichen Sanierungsversuchen wurde am 23. Juli der Konkurs angemeldet. Weitere damit in Verbindung stehende Zusammenbrüche sind wahrscheinlich unermesslich. So werden heute schon die Mäntel aus Solingen; Aber das große Stahlwarencorpothaus Wilhelm von zur Gathen in Solingen wurde Konkurs verhängt. Die Firma genoh bei der Solinger Bank, mit der sie ausschließlich arbeitete, etwa 400 000 Kredit. Die Unmöglichkeit, weitere Mittel zu erhalten, führte zum Konkurs. Auch die Darmstädter Eisenfabrik in benachbarten Wald, die von der Solinger Bank finanziert worden war, hat mangels weiterer Betriebsmittel ihren wöchentlichen Arbeiter gekündigt. Ferner steht das Falliment mehrerer zum Teil bedeutender Solinger und benachbarter Firmen bevor. Die Stimmung ist hier auf Grund der neuesten Ereignisse überall sehr gedrückt. Welche Quote für die Gläubiger abfällt, läßt sich noch nicht sagen. Man schätzt sie auf nicht einmal 50 pSt. Diese Gläubiger sind abermals mattenhaft kleine Leute, die ihre Gelder als Einlagen der Bank anvertrauten; und ebenso sollen die Aktien, die selbstverständlich zur vollkommenen Verlosung herabgesunken sind, gerade benjeden Mittelstücken als willkommene Anlage gedient haben — was bei der vieljährigen Stellung des Instituts in Solinger Bezirk durchaus erklärlich wäre. Schon Ende Juni hörte man aus dem Solinger-Menschenmüß die teilweise Beschäftigung und die volle Arbeitslosigkeit mehr und mehr um sich greiffe, daß Gemeinden wie Ohligs und Wald Hofstandsarbeiten in Angriff genommen hätten und für Solingen selber die gleiche Frage brennend werde. Eine Werbung zu noch schlimmerem dürfte jetzt bevorstehen.

Epielt in das Schicksal dieses vertrackten Instituts der Wettbewerb der Großhändler mit herein. So erfährt man jetzt recht erbauliche Einzelheiten über die Konkurrenz und Konkurrenzgestaltung im Elektrizitätsgeschäft. Die schweren Preisunterbietungen nach der Krisis von 1900/01 endeten hier bellantlich mit der Herrschaft unangenehmer „Interessengemeinschaften“, so daß wir seitdem in Deutschland mit drei großen „Kongernen“ zu rechnen haben: mit A. G. W. Union, mit Siemens & Halske Schudert und endlich mit Lahmeyer, Felten u. Gullmann. Nun haben sich aber, wie das Berl. Tageblatt durch eine Reihe Schriftstücke belegen konnte, diese drei überlegenden Großmächte weiter dahin verständigt, diese drei untereinander keine Aufträge abzugeben, dagegen die Aufträge möglichst aufzutheilen. Und wie sie dies im stillen zu machen gedenken, ist fast ein Merkmal der schamlosen Unverschämtheit und Unethik. Alle Handelsbeziehungen vorrangigende indirekte Verbindungen (durch Aktienbesitz und Bankbeteiligung) sollen geachtet werden; die nächstinteressierte Gesellschaft arbeitet hier jedesmal das Angebot aus, teilt ihre Aufstellung den im stillen Verbündeten mit, und diese — beteiligen sich an der Konkurrenz, fordern aber 2 bis 3 pSt. mehr, um tatsächlich hors de concours zu bleiben. Handelt es sich um ganz neue Aufträge, so tritt das von den Auswerfungen, und die Niemandem beteiligen — sich an der Konkurrenz, fordern aber mehr! Um bei den Bestellern jeden Verdacht von vornherein auszuschließen, soll nicht jeder Einzelposten einer Aufstellung durchgängig um 2 bis 3 pSt. vergößert werden, sondern das Preislimit soll sich mit einer gewissen Abweichung im einzelnen abspielen, nur soll — das Schlussergebnis Summa Summarum immer wieder auf die vereinbarte Erhöhung hinauslaufen! Ferner ist Hauptbedingung: sich nicht erwidern zu lassen. Ganz offen heißt es in dem Zirkular zur Anweisung der Filialen: „Der Schutz (des bevorrechtigten Unternehmens) ist in jedem Falle so einzuwickeln, daß der betreffende Interessent, sei er nun Laie oder Sachverständiger, den Eindruck gewinnt, daß das Projekt der geschützten (bevorrechtigten) Firma für ihn das vorteilhafteste ist. Die Verfolgung geschützter Geschäfte durch die schützenden Firmen hat bei normalem Schwere nur insoweit zu erfolgen, als dies zur Verfechtung des Schutzes notwendig ist.“ Gegen die Aufseher ist der „zu schützenden“ Firma möglichst dadurch der Sieg zu sichern, daß sie selber nicht Preisnachlässe vorgeht, zu denen die Verbündeten nicht oder nicht in so hohem Maße zu greifen beschreiben. Das Besondere an diesem Vorgehen ist, daß man tatsächlich die Konkurrenz ausschaltet, während man den Kunden — Privatunternehmern oder auch Gemeinden und Staaten — die falsche Kassa vorspielt, daß ein Wettbewerb nach wie vor vorhanden sei. Die schlechte Zeit wird wohlserfichtlich, wie die Krisis nach 1900/1901 dazu dienen, die monopolistische Stellung der großen Kongerne zu festigen und die kleineren Firmen zu einem gewissen Anschluß zu nötigen, der ja nicht immer gleich eine Verschmelzung zu sein braucht.

Wie überhaupt der Syndikatsgedanke unter dem Druck der Not immer von neuem erwacht, zeigen weitere Mitteilungen der jüngsten Zeit. So sind die Berrather Maschinenfabrik, die Märkische Maschinenbauanstalt Ludwig Stutenholz und die Duisburger Maschinenbau-Gesellschaft, damals Behem & Reemman, eine Interessengemeinschaft eingegangen, um, wie es in dem verwaltschaftlich ausgegebenen Rundschreiben heißt, die allgemeinen Kosten zu vermindern, die Fabrikation zu vereinfachen und zu verbilligen und die Leistungsfähigkeit im In- und Auslande weiter zu erhöhen. Die deutschen Zinkhütten haben ein vorläufiges Abkommen getroffen zur Vorbereitung des von diesen Seiten angeregten, dem Abschluß nahen internationalen Zinkfaktels.

Die überseische Auswanderung aus und über Deutschland wird unter dem Eindruck der amerikanischen Krisis naturgemäß immer geringer. Im ersten Halbjahr 1908 sind aus Deutschland über deutsche Häfen 7549 (1907: 11 927) Personen ausgewandert, darunter 4557 (7890) über Bremen und 2992 (4087) über Hamburg. Rechnet man die Auswanderung Deutscher über fremde Häfen mit rund 1550 (2709) Personen hinzu, so

umfaßte die Gesamtauswanderung 9000 Personen gegen 14 637 im Vorjahre, also jetzt 5677 oder 38 pSt. weniger. Noch weit stärker ist die Auswanderung fremder Staatsangehöriger über deutsche Häfen gesunken. Sie umfaßte im Juni nur 6731 (1907: 35 168) und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 37 700 (317 579) Personen, von denen 20 914 (122 764) über Bremen und 16 846 (94 815) über Hamburg gingen. Die Gesamtauswanderung, also einschließlich der Deutschen, ist bei Bremen von 130 654 auf 25 471, bei Hamburg von 98 852 auf 19 388 zurückgegangen. Im Hafen von Venedig trafen im Mai 1907 146 888 Einwanderer ein, dieses Jahr nur 25 988. Für Ungarn liegen die Ziffern für Januar bis Mai vor. Danach fiel in diesem Zeitraum die Zahl der Auswanderer von 77 329 im Jahre 1907 auf 10 613 im laufenden Jahre, also um 66 716, während gleichzeitig 17 103 (26 571 gegen 9468) Rückwanderer mehr wieder in das Land hineinkamen. Das ist der gewaltigste Umschwung in der internationalen Bevölkerungsbewegung, den jemals eine amerikanische Krisis hervorgerufen hat. Denn vor früheren Krisen war die Einwanderung in Amerika viel schwächer, und die Rückwanderung aus Amerika kannte man als Massenerscheinung kaum.

Berlin, 26. Juni 1908.

Mag Schippel.

Politische Umschau.

Kriegervereine und Arbeiterbewegung. Die militärischen und Kriegervereine, die sich nach außen hin als politisch neutral bezeichnen, sind in Wirklichkeit nichts weiter als eine Schütztruppe der Reaktion. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. Nicht der Pflege der kameradschaftlichen Gesinnung, sondern vor allem der Bekämpfung der sozialdemokratischen Partei und unserer Gewerkschaften dienen die Kriegervereine; dafür legt wieder einmal die Chronik des Völkervereinigungsbundes der 76er und 182er ein bezeichnendes Zeugnis ab. In dieser heißt es u. a.:

„Wäre sich in unserem guten alten Liede die Erkenntnis immer mehr Bahn brechen, daß niemand zu vordem, niemand zu gering ist, sich läßt in Kriegervereinen zu beteiligen und daß, abgesehen von allen anderen Bestrebungen allein schon der Kampf gegen die Sozialdemokratie, in dem wir Kriegervereine satzungsgemäß in vorderster Reihe stehen, alle bürgerlichen Elemente, die einst den Fahnenband geliebt haben, uns zuzufinden müßte. „Einigkeit macht stark.“ Das gilt für die Kriegervereinigungsbewegung in ihrem Kampfe gegen die rote Internationale, das gilt auch hier in Lieder für diesen Kampf. Und wie hier die bürgerlichen Parteien sich gegen die Sozialdemokratie einigten, so muß man die Zeit bis zu nächsten Reichstagswahl auch dahin aus, daß alle, die bisher den bürgerlichen Kriegervereinen nur lau gegenüberstanden, jetzt in unsere Reihen eintreten. ... Wäre unablässig Arbeit, möge die Einsicht unserer Mitbürger uns mit jedem Tage dem ersehnten Ziele näher bringen, die Wacht der roten Internationale zu brechen.“

Man ist versucht zu glauben, einen von Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verfaßten Wahlaufruf vor sich zu haben, und dennoch handelt es sich nur um die Jahreschronik eines „unpolitischen“ Militärvereins. Doch nicht nur die Bekämpfung der Sozialdemokratie wird von den Kriegervereinen betrieben, sondern auch die Vernichtung der freien Gewerkschaften. Darüber sagt die Chronik der Kameradschaften folgendes:

„Mit der Sozialdemokratie durch und durch eins sind aber die sogenannten freien Gewerkschaften. Daher fordern die Beschlüsse des Ruffäuserbundes den Austritt unserer Kameraden Arbeiter aus diesen Gewerkschaften. Hier öffnet sich ein weites Arbeitsgebiet für uns; denn wenn wir von den Kameraden Arbeitern Lösung von diesen Gewerkschaften fordern, müssen wir ihnen dagegen Schutz gegen Anfeindungen und ungesetzliche Arbeitslosigkeit bieten.“

Das offene Eingeständnis, daß die Kriegervereine gegen die freien Gewerkschaften arbeiten, ist wichtig. Die Aufgabe der freien Gewerkschaften besteht bekanntlich in der Kampfsache darin, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, ihnen bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erringen. In dem die Militärvereine sich hiergegen wenden, werden sie zum Helfschleifer der Ausbeuter. Das sollten die Arbeiter bedenken, die leider noch immer ein großes Kontingent der Mitglieder dieser Vereine stellen!

Die Teuerung. Die gegenwärtige Teuerung ist eine so allgemeine und andringliche Erscheinung, daß man kaum an ihre Vorbegehen kann. Zu ihrer Erklärung lauchen die verschiedensten Ansichten auf. Wir gestehen, daß die Erklärung ihrer Ursachen ganz und gar nicht leicht ist, und daß man gut tut, dabei nicht allzu voreilig zu sein, um sich vor Trugschlüssen zu schützen. Anders handeln natürlich die sozusagen wissenschaftlichen Sachwalter des Kapitalismus, die außerordentlich schnell mit ihrem Urteil fertig sind. Einer dieser Starzen im Geiste schreibt in der „Süddeutschen Wirtschaftszeltung“:

Die Teuerung im gesamten Wirtschaftsleben, welche 1905 im Deutschen Reich eingeleitet hat, hat 1907 wohl ihren Höhepunkt erreicht, aber mit Ausnahme der Erzeugnisse von ein paar Großindustrien ist ein Preisrückgang kaum zu spüren. Das hat seinen Grund darin, daß sich die letzte Hochkonjunktur in einem sehr wesentlichen Punkte von früheren Hochkonjunktur unterscheiden hat. Jede Hochkonjunktur der letzten dreißig Jahre hat in Deutschland eine sehr erhebliche Steigerung der Löhne gebracht. Diese Lohnsteigerung ist im wesentlichen aus dem Unternehmensgewinn gezahlt worden, und derselbe ist daher im Durchschnitt ganz wesentlich zurückgegangen. Endlich aber war ein Punkt erreicht, wo das nicht mehr möglich war. Die Industrieanlagen begannen im allgemeinen nicht mehr denjenigen Zinsfuß zu bringen, den sie selbst 1906 und 1907 für geliehenes Geld zahlen mußten. Wenn der Industrie überhaupt noch Geld zugeführt werden sollte und nicht der Strom des Geldes namentlich nach Ländern mit einer besseren Erträge bringenden Industrie zu einer allgemeinen Gefahr werden sollte, so blieb nichts übrig, als eine allgemeine Preissteigerung der Erzeugnisse. Es ist das Merkmal der letzten Hochkonjunktur im gesamten Wirtschaftsleben, daß der Verbrauch, den Industrie

und Handwerk, Handel und Verkehr in ihr auf höhere Löhne verwenden mußten, auf die Preise ihrer Erzeugnisse — mit Einschluß der Frachten — geschlagen worden ist. Dies ist in mehrfacher Hinsicht eine Wohltat gewesen. Denn einmal hat es der Industrie ein Weiterarbeiten ermöglicht und sodann ist endlich der großen Masse der Verbraucher durch eine wirtschaftliche Erleichterung zu Gemute geführt worden, wogin die Verhältnisse gelangen, wenn nicht nur der Handarbeiter, sondern mit ihm die gesamte sogenannte öffentliche Meinung nach einer immer weiteren Lohnsteigerung für die handarbeitenden Klassen schreit, als handelte es sich dabei um eine Angelegenheit von brennendstem wirtschaftlichen Interesse. In der letzten Zeit der Geschäftsbüße haben die Löhne jedes neue Haus verteuert. Infolgedessen sind die Hausmieten gestiegen. Jede Stiefelsohle und jedes Hemd, jeden Stuhl und jeden Hammer, jede Lampe und jede Stange haben die höheren Aufwendungen für Löhne, welche für sie gemacht werden mußten, im Preise in die Höhe getrieben. Jeder kleine Mann müßt die Summe dieser Preissteigerungen schwer auf seinem Rücken, und mancher kleine Hausknecht, der sich bis 1904 beghalig erhielt, hat zu starken Einschränkungen schreiten müssen. Der Mittelstand mit seinen zum sehr großen Teile fest begrenzten Einnahmen wird davon am fühlbarsten getroffen, ganz besonders auch der untere und mittlere Beamte. Der Rückgang der Dienstlohnzahl im Deutschen Reich ist in dieser Hinsicht eine bedauerliche Tatsache. Einzig aus dieser Tatsache, daß im wesentlichen die Lohnsteigerung die vorhandenen Preissteigerungen bemittelt hat, erklärt es sich, daß die Preise bei allen Verbrauchsgegenständen nicht weichen wollen, trotzdem die Nachfrage stark nachläßt. Die einzelnen Verbrauchsgegenstände sind bei den heutigen Löhnen eben nicht wesentlich billiger heranzustellen, als sie in der Hochkonjunktur gebracht wurden. Ihre Preisbildung ist nur möglich durch eine Herabsetzung der Löhne, die in den meisten deutschen Industriezweigen demnach die Tatsache werden wird. Das wird kein Schaden für die deutsche Volkswirtschaft sein. Die Industrieentwicklung Englands hat gezeigt, daß hohe Löhne kein Glück für ein Volk und keine industrielle Befähigung sind, wenn sie nicht mit entsprechend hoher Leistung Hand in Hand gehen. In jedem anderen Falle beinträchtigen sie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, bedrohen deren Ertragsfähigkeit und treiben dadurch das Anlage suchende Geld ins Ausland. Die letzte Hochkonjunktur und ihre Geldnot kann der deutschen Industrie in dieser Hinsicht eine gute Lehre sein.“

Da haben wir's! Die „hohen“ Löhne haben natürlich die Teuerung geschaffen! Es gehört nicht viel Witz dazu, um zu diesem Schluß zu kommen, im Gegenteil, je weniger man mit ökonomischen Kenntnissen belastet ist, um so leichter kann man diese Behauptung aufstellen. Inzwischen ist sie für unteilbare Kreise sehr einleuchtend, und da sie nicht besonders hohe Anforderungen an das eigene Denkfähigkeit stellt, dafür aber einen willkommenen Sündenbock, die Arbeiterbewegung, vorschleibt, so wird sie zweifellos bald recht populär werden. Nun fällt es uns nicht ein, den Einfluß der Lohnsteigerungen auf den Warenpreis a priori zu freiten. Aber eine andere und viel vernünftiger Frage ist es, ob die Lohnsteigerungen die Preissteigerungen zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit machen. Wir verneinen das ganz entschieden. Zunächst sind die Lohnsteigerungen, so erfreuliche Wille die Gewerkschaftsstatistik über die Lohnbewegungen auch auswirft, für die Gesamtheit unserer Wirtschaftslife viel geringfügiger, als uns der übervorteilte Wirtschaftssachverständige will. Gerade die sogenannte große Industrie und die Landwirtschaft fallen da fast ganz aus. Sodann aber glauben wir, daß die etwa gestiegenen Löhne noch nicht eine Steigerung der Produktionskosten bedeuten. Das mag natürlich in einzelnen Fällen zutreffen; aber in viel mehr Fällen wird die durch technische Fortschritt und Vereinfachung des Arbeitsvorganges gesteigerte Produktivität der Arbeit einen mehr als billigen Ausgleich geschaffen haben. Das kann nur der Leugner, der erst das ABC der Ökonomie zu lernen hat.

Dann soll aber auch nicht vergessen werden, daß die Summe der arbeitslosen Einkommen fortwährend ganz gewaltig steigt. Das Heer der Schmarotzer, die für ihre Nichtstun den zu Geld genutzten Arbeiterschweiß einfließen und verzehren, wird immer beghedlicher. Der Luxus der Kapitalrentner übersteigt heute alle Vorstellungen; nur wer einmal einen Blick in das Leben und Arbeiten dieser Kreise tut, kann sagen, daß er etwas von der Wirklichkeit kennt. Also nicht weil die Löhne so hoch gestiegen wären, daß sie den Unternehmensprofit aufzufressen drohen, sondern weil das Luxusbedürfnis der Profitgier immer mehr anschlachtet, hat man die Lohnsteigerung auf den Preis abgewälzt. Aber ist das eine wirtschaftliche Notwendigkeit?

Des Volkes Tribut. Die Belastung durch Bölle und Verbrauchssteuern ergibt sich aus den im Statistischen Jahrbuch für 1908 mitgeteilten Zahlen klar und deutlich. Betrachten wir nur die Erträge der Lebensmittelbölle ohne Berücksichtigung der industriellen Rohstoffe, so finden wir für 1907:

insgesamt in M. 1000	in Prozent des Bruttoeinkommens		Bleibend auf dem Kopf der Bevölkerung
	des Bruttoeinkommens	des gesamten Volksertrags	
Getreide, Hülsenfrüchte, Malz	286072	27	35,9
Kaffee und Kaffeeersatz	75421	47	10,2
Wein	22842	46	5,1
Rind- und Schafvieh	7323	9	1,0
Schmalz	18854	11	1,9
Butter u. Margarine	7907	10	1,1
Petroleum	76895	63	10,4

Dazu kommen Reis, Obst, Süßfrüchte, Wein, Kaffee, Schokolade, Tee, Gewürze, Hopfen, Käse, Erbsen, Honig, Eier mit zusammen 51 484 Millionen mit 6,8 pSt. vom Gesamtertrag der Bölle (Reizend von 11 pSt. des Wertes bei Hochkonjunktur und gelassenen Erträgen bis auf 82 pSt. bei Hochkonjunktur und 82 pSt. pro Kopf; alle Lebensmittelbölle zusammen 521 598 Millionen gleich 70,4 pSt. der Bölle und M. 8,97 auf den Kopf. Die Bölle auf notwendige Lebensmittel und allgemeine Verbrauchszwecke machen also mehr als zwei Drittel der gesamten Volkseinkommen und — die Haushaltung zu 44 Köpfen gerechnet — M. 39,75 auf die durchschnittliche Familie aus.

gesehen, denn er ist etwas besseres an Arbeitskräften gewohnt. Es ließ sich dann am selben Tage noch zu einer Unterhandlung herbei, wo auch eine Einigung mit folgendem Resultat erzielt wurde. Für den Bau in Rinder 40 1/2 Lohn und Fahrgeld, für den richtigeren Bau Caschhof-Wadele bleibt der Lohn auf 35 1/2 bestehen, dahingegen wird bei allen neu angefangenen Arbeiten der Stundenlohn auf 38 1/2 erhöht. Dies gilt auch für das Lohngebiet Rauenau, wo der Lohn bisher auf 35 1/2 stand. Hiermit erklärten sich die Streikenden einverstanden. Am 31. Juli wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Erwähnt sei noch, daß dem Unternehmer Hesse schon 20 Italiener zur Verfügung gestellt waren, die mutmaßlich vom dem Unternehmer Mag Küster aus Hannover kommen sollten.

Gau Lübeck.

In **Ribnitz** ist es nun auch zum Vertragsabschluss gekommen. Die Unternehmer, die absolut die Nachzahlung nicht leisten wollten, haben sich endlich doch dazu bequemt. Damit sind die in der vorigen Nummer des „Grundstein“ angekündigten Differenzen im Lohngebiet Ribnitz-Dangorben erledigt.

Die Sperrre über C e l m s in Ahrenshoop besteht fort.

Im Lohngebiet **Teterow - G. - Wokern - Mamerow** wurde der Vertrag bereits Ende Mai von beiden Parteien unterzeichnet; zugleich wurde vereinbart, wie später die Aufrechnung, betreffend Gehalt und Landgeld, stattfinden sollte. Als aber der Schiedspruch vom 30. Juli vorlag, legte ihn die Unternehmer so aus, daß eine Pflicht zur Nachzahlung für sie dadurch nicht entfiel. Damit sind nun unsere Kollegen nicht einverstanden. Galt schon dies Vorgehen der Unternehmer dieses Blüt bei den Kollegen gemacht, so noch mehr, als die Unternehmer versuchten, die Gehälte einseitig festzusetzen. Den Teterower Unternehmern lag die Forderung der Landgeldder schon von früher her recht schwer auf dem Herzen. Unter seinen Umständen können wir Landgeld zahlen, hieß es stets; und heute, wo sie es nach dem Vertrage müssen, brüden sie sich noch darum herum, indem sie vorgeben, unsere Kollegen hätten die Gehälte nicht pünktlich ein. Nach dem Vertrage rechnet die Gehälte vom Wohnort des Gesellen. Die Unternehmer machten sich aber daran, die Gehälte zonenweise von Teterow aus festzusetzen und die Kollegen zu zwingen, dies durch Unterschrift anzuerkennen. Nachdem wir ganz energisch dagegen protestiert haben, wollen die Unternehmer nun vom 8. August an das Landgeld zahlen. Das unsere Kollegen, die mit dem abgelaufenen Vertrage vollumfänglich einverstanden sind, die Gehälte, wie sie im Vertrage vorgegeben sind, innehalten, ist selbstverständlich; nur mit der Zahlung der Landgeldder dürfte es nach wie vor hapern. Alle im Lohngebiet beschäftigten Kollegen haben die Verpflichtung, es sofort ihrem Zweigvereinsvorstande zu melden, wenn ihnen das zusehende Landgeld nicht gezahlt wird. Ebenfalls muß gemeldet werden, wenn die Unternehmer die Einführung einer anderen Gehälte als die im Vertrage festgelegte, beabsichtigen. Um die frühere Frage der Aufrechnung zu erledigen, ist noch eine Verhandlung am Orte vorgezogen.

In **Schlup**, einer Zählstelle vom Zweigverein **Lübeck**, ist es ebenfalls zum Vertragsabschluss gekommen. Schlup ist Lübecker Staatsgebiet und beherbergt eine gute Industrie. Der Lohn betrug bis jetzt 55 1/2 pro Stunde, 5 1/2 weniger als in Lübeck. Nachdem durch den Bau des Hofpfeifenwerkes und sonstiger Industrieanlagen zwischen Lübeck und Schlup ein gemeinsames Arbeitsgebiet entstanden war, war es notwendig, die in Lübeck gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch auf Schlup auszudehnen. In einer Verhandlung am 30. Juli wurde dann auf folgender Grundlage eine Einigung erzielt: Vom 1. Oktober 1908 an beträgt der Stundenlohn 57 1/2, vom 1. April 1909 bis zum 30. September 1909 60 1/2 und vom 1. Oktober 1909 bis zum 31. März 1910 62 1/2. Das ist der Lohnsatz, der für 1909 auch in Lübeck gezahlt wird. Auch die übrigen vertraglichen Bestimmungen betreffend Lebensstunden, Nachtarbeit usw. gleichen denen in Lübeck. Bei Arbeiten auf medienbrüchigem Gebiet soll der Stundenlohn jedoch 5 1/2 niedriger sein.

Gau Magdeburg.

Ueber den Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in **Stahfurt** wird uns von dort berichtet: Noch ist keiner von den beiden streitenden Parteien bereit, auch nur um Haarsbreite nachzugeben, und das Ende des Kampfes ist vorläufig noch nicht abzusehen. Allerdings haben die Unternehmer bis jetzt 23 arbeitswillige Maurer und Hilfsarbeiter gefunden, aber diese geringe Zahl will nichts bedeuten, zumal ihre Arbeit durchaus nicht einwandfrei ist und sie einen um vieles höheren Lohn erhalten, als die Stahfurter Streikenden in ihren künftigen Träumen je zu hoffen gewagt haben. Da haben die Unternehmer Geld im Ueberflusse, um es mit vollen Händen wegzugeben, für ihren alten Arbeiterstamm, der ihnen dieses Geld erst in saurer und rechtlicher Arbeit verdient hat, haben sie nicht soviel übrig, um auch nur für das nächste Jahr eine geringfügige Lohnaufbesserung zu versprechen. Auffallenderweise sind die Arbeitswilligen sämtlich von Berlin gekommen, während die von anderen Orten mehrfach herangezogenen Arbeiterkolonnen ohne Ausnahme die Arbeit nicht aufgenommen haben; als sie erzuhen, daß es sich um Streikarbeit handle. Auch von Stahfurt und Umgegend hat sich kein Arbeitswilliger gefunden, nicht einer der Streikenden ist abtrünnig geworden, aber mehrere Maurer und sonstige Arbeiter, auch ein Polier, haben die Arbeit verweigert, als sie zur Streikarbeit kommandiert wurden. Es ist eigentlich selbstverständlich und fast überflüssig zu erwähnen, daß auch in diesem Lohnkampfe die Polizei die Interessen der Unternehmer für mehr gefährdet ansieht als die der Arbeiter, und daß sie ausgesprochenemmaßen mit Absicht den Unternehmern ihren besonderen Schutz andeuten läßt, während sie die Streikposten der Arbeiter scharf benachdelt. Selbst die Eisenbahn ist — das ist ja nichts Neues — mit im Bunde. Wenn Arbeitswillige auf dem Bahnhof ankommen, so sorgen die Polizeibeamten dafür, daß sich ihnen die Streikenden nicht nähern können, sie verhindern aber selbstverständlich keineswegs, daß die Angestellten der Unternehmer sie in Empfang nehmen. Diese Angestellten bedürfen nicht einmal einer Schutzkarte, um den Bahnsteig zu betreten, das Vorweisen einer Bescheinigung genügt. Dann gehen Polizei, Angestellte, Arbeitswillige über die Schienengeleise, deren Betreten sonst durchaus nicht gestattet ist, nach der Ritterstraße und kommen so zur Straßenbahn, die sie nach Geddingen führt. Nur dort — an der Gasanstalt — wird gearbeitet, die übrigen Bauten

liegen fast sämtlich still. Am 31. Juli hat man von dem Bau der Hedlinger Gasanstalt neun Maurer nach dem Bau des Waisenhauses in Stahfurt kommandiert, und diese Menschen haben auch richtig die Arbeit dort aufgenommen. Über die Arbeit, die von den lieben Arbeitswilligen am Gasanstaltsbau geliefert wird, ist derartig, daß schon mancher Unbeteiligte sich gefragt hat, ob das wohl auch halten wird? Dabei bemerken sich die Arbeitswilligen oft genug grob und herabsetzend gegen die Streikenden in Gegenwart der Polizeibeamten, und der Bürgermeister Herr Dr. Berger ist offensichtlich falsch unterrichtet, wenn er meint, daß die Arbeitswilligen eines besonderen Schutzes gegenüber den Streikenden, bedürfen. Das Umgekehrte würde vielleicht richtiger sein. Der Herr Bürgermeister hat selbst erklärt, daß die Unternehmer ihn um polizeilichen Schutz angegangen hätten und daß er es für seine Pflicht gehalten habe, diesem Ersuchen zu willfahren. Auf den Einwand, daß die streikenden Arbeiter mit denselben Rechten auch polizeilichen Schutz beantragen könnten, fand er die überaus merkwürdige Antwort, daß ein solcher Antrag moralisch nicht begründet wäre. Wenn der Herr Bürgermeister dann noch seinen früheren Rat, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, wiederholte, so können wir diesen Rat nur als sehr billig bezeichnen. Vielleicht würde er anders urteilen, wenn er gut unterrichtet wäre; daß ihm manche falsche Informationen werden, hat er ja zugestanden. Alle diese Mächte verbünden sich mit dem „Arbeitsgeberbunde“, um unseren Kampf zu erdrücken. Der „Bund“ selbst läßt es an seinem Teile auch an nichts fehlen. In Lübeck beispielsweise herrscht Mangel an Maurern. Eine größere Anzahl der Streikenden hatte dort Arbeit gefunden, aber die dortigen Unternehmer mußten sie auf Veranlassung des Arbeitgeberbundes und besonders Drängen der Stahfurter Arbeitgeber wieder entlassen; wie sie selbst sagten mit großen Bedauern, um der Konventionstrafe von 1.000 bis 6000 zu entgehen. Wenn Herr Dr. Berger diesen Terrorismus nicht erfährt, der allerdings schon längst nicht mehr ist, so dürfte er doch vielleicht einen etwaigen Schutzanspruch von Streikenden nicht mehr für der „moralischen Begründung“ entbehrend ansehen. So wird den Streikenden ihr Kampf nicht leicht gemacht. Aber noch jenseits ist unerschüttert, und wenn nicht die Bauherren den Unternehmern Freiberfängerung zugestanden hätten, wäre der Kampf schon zu Gunsten der Arbeiter entschieden. Sie setzen ganz allein, nur gestützt auf ihre Solidarität und die Sympathie des Proletariats gegenüber allem, was nur überhaupt als ihr Gegner aufzutreten vermag, und mutig haren sie aus in den schweren Kämpfe. Uebrigens fängt der Streit auch schon an, den Geschäftskreisen sichtbar zu werden. Bei den jetzigen schlechten Geschäftsberechnungen macht sich so etwas bald bemerkbar. Es können sich bei den Maurereimern bedanken, die aus purem Trost oder Gerendbündel ihren hiesigen Arbeitern das weisgeben, was sie den fremden Arbeitern mit vollen Händen geben.

Gau Nürnberg.

In **Schweinfurt** ist Dienstag, den 29. Juli, eingetreten, was nicht zu verneinen war und wozu die Unternehmer unsere Kollegen getrieben haben. Sonntag, den 26. Juli, wurde beim Bezirksbunde des Unternehmerverbandes zum wiederholten Male eine Kommission vorstellig, um zu erfahren, ob man bereit sei, den Schiedspruch anzuerkennen, da bis zum 1. August alle Verträge abgeschlossen sein sollten. Der Vorsitzende, Herr Nibel, erklärte der Kommission, was er schon früher gesagt, daß er erst den Schiedspruch g e d r u k t in Händen haben müsse, der dann einem Juristen vorgelegt werde; wenn auch dieser zu Ungunsten der Unternehmer entscheiden würde, so solle in letzter Linie eine Unternehmerversammlung entscheiden. D. h. mit anderen Worten: den Schiedspruch erkennen wir nicht an, aber zur Fertigstellung unserer Arbeiten benötigen wir euch. Am 28. Juli wurde dann die Kommission auch noch, bei einer Anzahl einzelner Unternehmer vorstellig, die aber gleichfalls von dem Schiedspruch nichts wissen wollten. Nun wurde bei einem Maurermeister, in einem gemischten Betrieb und in einem Zimmergeschäft die Arbeit eingestellt. Am nächsten Tage beschloß die Unternehmer zum 1. August die Aussperrung, falls bis dahin die Sperrern nicht aufgehoben seien. Wir teilten den Unternehmern mit, daß wir die Sperrern aufheben würden, sobald uns eine Erklärung vorliege, daß der Unternehmerverband bereit sei, den Berliner Schiedspruch vom 30. Juni anzuerkennen. Das half. Diese Erklärung wurde uns am 31. Juli, abends, zugelaufen, worauf wir am 1. August den Unternehmern mitteilten, daß unter solchen Umständen Montag, den 3. August, in den gesperrten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werde, jedoch müßte im Laufe des 3. August die Unterhandlung stattfinden. Hiermit dürfte die Weisung, welche sich sieben Monate hinweg, ihren Abschluß gefunden haben.

Fliesenleger.

Der Streik der Fliesenleger in **Rheinland-Westfalen** dauert ununterbrochen fort. Die Verhandlungen in Köln haben bisher zu keinem Resultat geführt. Die Unternehmer suchen nach und fern, namentlich in Münster, Merzig, Oberweiler und Dnabrück, Streifzöcher. Dann und wann haben sie leider auch Glück damit gehabt, doch läßt sich wahrlich kein Staat damit machen. Democh muß die Kontrolle zur Fernhaltung des Zuges noch viel unrichtiger und energischer ausgebaut werden. — In Düsseldorf wird weiter geblieben. Der Streikleitung kam zur Dren, daß in einem Neubau auf dem Spiekerplatz Plattenleger am arbeiten seien. In dem Glauben, es seien eben wieder durch Vorpiegelung falscher Tatsachen von auswärts nach hier herangeführte Fliesenleger, schickte die Streikleitung ein paar Mann hin, um zu sehen, ob und wo dort arbeite. Kaum dort angekommen, wurden von dem dort arbeitenden Streifzöcher Paul Fedenblicher drei Schüsse vom Fenster aus auf die auf der anderen Straßenseite lebenden Fliesenleger abgegeben. Man sollte fast glauben, in Düsseldorf herrsche das Faustrecht und freitende Arbeiter seien bogelfrei. — Ein Ausgehmeiter, namens Venzel in Gelsenkirchen, ist vom Gewerbeamt derweil verurteilt worden, einem als Buzer angestellten streikenden Fliesenleger für 14 Tage Lohn zu zahlen, weil er ihn auf Anordnung des Unternehmers Wieseleth ohne Erlaubnis entließ. Dieser Wieseleth, nebenbei Kirchenvorstandsmitglied, soll zu Venzel gesagt haben: „Wenn Sie den Mann nicht entlassen, entziehe ich Ihnen die Arbeit; einem freitenden Fliesenleger dürfen Sie nicht einmal einen

Tropfen Wasser geben, und wenn ihm die Zunge einen Meter lang aus dem Galle hängt.“ Scht herzlich von dem Herrn Wieseleth.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahre 1908.

III.

Gau Hannover.

(Provinz Hannover, mit Ausnahme des nördlichen Teiles, Teile von Westfalen, Braunschweig, Mecklenk und der Bippeschen Fürstentümer.)

Die Bautätigkeit kam im ganzen Gangebiet als schlecht bezeichnet werden. Im ganzen Zweigvereinsgebiet Hannover hat die Bautätigkeit wesentlich nachgelassen. Von den industriellen Unternehmungen werden neuer Bau- noch Erweiterungsarbeiten ausgeführt. In früheren Jahren hat die Metallindustrie sehr viele Arbeitskräfte erfordert, aber auch diese verlagte diesmal vollständig. Zum Teil sind die Werke fertig gestellt, zum Teil wird aber auch die sicher bevorstehende starke Uebersproduktion das ruhiger Tempo bestimmt haben. Über hier dürfte es bald wieder etwas lebhafter werden. Kommunale wie staatliche Bauten sind so gut wie gar nicht vorhanden. Zu erwähnen wäre höchstens die Erweiterung des Justizgebäudes, wobei etwa 80 Maurer beschäftigt sind. Der Eisenbahnbau, der viel zur Erhebung der Bautätigkeit beitragen konnte, verlagte vollständig, und da, wo kleinere Arbeiten ausgeführt werden, werden zum Teil noch ausländische Arbeiter beschäftigt. Von diesen Arbeiten nennen wir den Bau zweier Maschinenhäuser in Hannover und Seelze, einige andere Bauten in Seelze, einige Ueberbrückungen im Zuge der Umgehungsbahn; damit ist die staatliche Bautätigkeit zu Ende. Es wäre dem Fiskus ein Leichtes, für mehrere hundert Maurer Arbeitsgelegenheit zu schaffen; aber auch hier dürfte der Mangel an Geld stärker sein als der gute Wille des Fiskus. Mit der Herstellung des Rhein-Weser-Eisenkanals ist jetzt begonnen worden. Zur Zeit ist man mit der Herstellung der Fundamente für die Ueberbrückung der Umgehungsbahn über das Kanalbett bei Nienstedt beschäftigt. Der Arbeitsmarkt wird hierdurch aber kaum beeinflusst. Die private Bautätigkeit hat wesentlich nachgelassen. Zwar wird noch auf Spekulation gebaut, aber es dürfte sich dabei größtenteils um Ausflügelungen handeln, die vor der Krise schon geplant waren. Die zurückgehende Bautätigkeit macht sich auch in der Mitgliederzahl bemerkbar. Im zweiten Quartal 1907 zählte der Zweigverein 3182 Mitglieder, im zweiten Quartal 1908 aber nur 2839; also ein weniger. Auch von den 2839 Mitgliedern dürften noch immer etwa 200 arbeitslos sein. Den Mitgliederverlust des Zweigvereins entspricht der Rückgang der Beschäftigten in der Innungsstatistik des Bauvereines um etwa 1000 Beschäftigte.

Die in Braunschweig schon jetzt Jahren bestehende schlechte Bautätigkeit hat sich in diesem Jahre noch verschlechtert. Einige Privatbauten, einige industrielle Erweiterungsarbeiten, einige Bauten für Behörden sind im Bau, der Rest ist eine große Mäuer, wobei die meisten Kolonnen Beschäftigung gefunden haben. Durch die Verschlechterung ist auch hier ein Mitgliederverlust von 71 zu verzeichnen, und zwar von 916 auf 845.

In **Wieselsfeld**, war im Frühjahr eine ziemlich rege Bautätigkeit, die aber im Laufe des Sommers wesentlich abgeklungen ist, so daß sich jetzt eine mäßige Arbeitslosigkeit bemerkbar macht. Vorherrschend ist der Privatbau. Durch die Krise in der Metallindustrie fehlen industrielle Erweiterungsarbeiten fast vollständig. Genau so liegt es mit der behördlichen Bautätigkeit. In den angrenzenden Orten, wie Götterstoh, Halle i. B. und Brake ist die Bautätigkeit gut.

In **Herford** ist die Bautätigkeit befriedigend. Dagegen ist es in der Gegend von **Hände**, **Deuschhausen**, **Lübbecke** und **Winden** sehr schlecht damit bestellt. In den städtischen Orten **Blomberg**, **Stadthagen**, **Detmold** und **Salzgitter** ist die Bautätigkeit nur mäßig, in **Delme** ist sie wiederum schlecht. Die beste Bautätigkeit hat Gelle aufzuweisen. Dies haben im Frühjahr die Strickhaken ausgenutzt, indem sie den Ort reichlich mit Streifzöchern besetzten.

Burgdorf, **G. - Freden**, **Winsen**, **Wittlingen** und **Walsrode** haben eine befriedigende Bautätigkeit. Dagegen ist sie in **Kienburg**, **Lehrte**, **Peine**, **Sarstedt**, **Grouau**, **Wodeneu**, **Alfeld** und **Fallerleben** schlecht. Auch in den übrigen Orten, wie **Hilbesheim**, **Sameln**, **Günster**, **Rothenim**, **Göttingen** und **Händen** ist die Bautätigkeit nur mäßig; von diesen dürfte Göttingen noch am günstigsten dastehen. In **Herzberg**, **Herode**, **Lauterberg**, **Holzminde**, **Ebers-**, **Hansen** und **Holzhausen** kam man ebenfalls nur von einer schlechten Bautätigkeit reden. Von den übrigen Zweigvereinsgebieten der Harzorte, wie **Langeleben**, **Seesen**, **Greene**, **Calfeld**, kam man schwer ein festes Urteil abgeben, weil die Kollegen zwar ein Jahr ausgenommen sind, ein Komaanleben zu führen. Die einzelnen Orte selbst haben für die anässigen Maurer fast nie genügend Arbeitsgelegenheit, so daß die Kollegen herumirren müssen, um Arbeit aufzutreiben. Dies macht sich in diesem Jahre besonders stark bemerkbar. In früheren Jahren hatte der einzelne Unternehmer seinen Stamm von Leuten; in diesem Jahre reicht aber die Bautätigkeit nicht aus, um diesen Stamm zu beschäftigen.

In diesen Gebieten stellt jedoch der Eisenbahnstaus mannde Arbeit. Sei es durch Erweiterung der Bahnhöfe, Unter- wie Ueberführungen usw. Bei der Ausführung dieser Arbeiten hat sowohl in diesem wie im vorigen Jahre eine größere Zahl von Mauern Beschäftigung gefunden; trotzdem bleibt die Gesamtlage auch in diesen Gebieten schlecht.

In **G. - Hübden** und Umgegend ist die Bautätigkeit im Frühjahr durch die Arbeiten auf den Bahnhöfen sehr gut zu werden. Nun hat das Werk seine Arbeiten zurückgestellt und hierunter selbst auch die private Bautätigkeit.

In **Go. - L.** ist die Bautätigkeit sehr schlecht, so daß 15 Kollegen in anderen Berufen Unterschlupf gesucht und gefunden haben. Dies trifft auch für **Stabilendorf** zu. Zum Schluß ist noch über einige braunschweigische Orte zu berichten: In **Harzburg** ist die Bautätigkeit ziemlich gut, in **Wolfsenbüttel** etwas weniger gut, in **Selmehe**, **Seesen**, **Ferzheim**, **Rissenbrück**, **Rönigs-Lutter**, **Salzdahlun** und **Schöningen** liegt sie aber wesentlich unter der Mittelmäßigkeit.

Gau Dortmund.

(Rheinisch-westfälisches Industriegebiet.)

Die Bautätigkeit ist im allgemeinen gegen den Herbst des vorigen Jahres noch weiter zurückgegangen, so man kann sagen, sie geht noch immer weiter zurück. Die im letzten Berichte angeführten Kolonialbauten, durch die weitestgehend auf dem Lande eine gute Bautätigkeit geschaffen war, sind jetzt nur noch vereinzelt zu finden. Nach dem Berichte des rheinisch-westfälischen Baugewerksverbandes hat sich der Absatz von Steinen im Monat Mai etwas gehoben, und zwar von 92.645.000 im April b. J. auf 43.789.351 im Mai. In den ersten fünf Monaten d. J. konnten die beim Synbale angebotenen fünf Verkaufsbereine nur 1.824.425.458 Steine oder 18 pZt. der Beteiligung unterbringen, gegen 1.650.596.496 Stück oder 18 pZt. im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Dabei ist die Beteiligung durch den Anschluß neuer Verkaufsbereine um 218 Millionen höher. Am geringsten war der Absatz der Verkaufsbereine H. J. und H. J. am, wo erst 7 respektive 9 pZt. der Beteiligung verkauft sind. Die Verkaufsbereine Dortmund, Essen und Oberhausen bis bisher an der Spitze marschierten, haben bis jetzt auch nur 11, 10 und 12 pZt. untergebracht. Am stärksten war der Verkauf im Ostfälischen Gau, wo bereits 28 pZt. verkauft worden sind. Die Verkaufsbereine Lünen und Mellinghausen hatten bereits 17 pZt. ihrer Beteiligung abgeteilt. Insgesamt fanden am 1. Juni noch 160.887.447 alte Steine auf Lager, gegen 35.411.740 Stück im vorigen Jahre. Ein weiteres genaues Bild über den Niedergang der Bautätigkeit gibt eine Statistik aus dem Zweigvereinsbezirk Ruhrort. Hier waren im vorigen Jahre beschäftigt 1332 Maurer und 1133 Bauhilfsarbeiter, in diesem Jahre 668 Maurer und 596 Bauhilfsarbeiter, also weniger 664 Maurer und 537 Bauhilfsarbeiter. Bemerklich ist ferner, daß in den meisten Bezirken des Gaues aus. Nach manchen Anzeichen beginnt sich jetzt allmählich die Bautätigkeit etwas zu heben.

Gau Köln.

(Rheinprovinz, Teile von Westfalen und Nassau.)

Im Jahresbericht sprachen wir von besseren Aussichten für das Jahr 1908. Wir wiesen auf die immer fühlbarer werdende Wohnungsnot in den Städten hin und glaubten, daß in dem Augenblicke, wo die ungenügende Spannung am Geldmarkte nachlassen würde, eine Belebung der Bautätigkeit eintreten müßte. Nun ist zwar eine weitestgehende Verbilligung des Geldes eingetreten. Der Reichsbank sowohl wie der Privatbank sind bedeutend herabgegangen und können heute wieder als normal gelten; aber trotzdem sind fehlende Hypotheken auf bauliche Objekte bis heute noch sehr gar nicht zu bekommen. Auf dem Hypothekemarkte ist ferner bis heute noch keine Verbesserung eingetreten.

Dies ist auch von entscheidendem Einfluß auf die Bautätigkeit gewesen. Wohl ist in einigen Bezirken die Bautätigkeit besser geworden resp. gut geblieben, jedoch liegt im allgemeinen das Geschäft sehr dünn. Aus den Großstädten wird sogar über weiteren Niedergang der Bautätigkeit berichtet. Leider stehen uns nur aus wenigen Bezirken statistische Zahlen zur Verfügung der Bautätigkeit zur Verfügung. Wir sagten schon im Jahresbericht, daß die statistischen Nennwerte sehr langsam arbeiten. Das Gürtelamt hat heute noch nicht den Bericht vom ersten Quartal 1908, geschweige denn vom zweiten Quartal herausgebracht. Durch Arbeiten bei der Landtagswahl ist das Amt nicht dazu gekommen. Wir müssen uns also mit dem uns vorliegenden Material begnügen und es durch die Früchte unserer persönlichen Beobachtung zu ergänzen suchen.

Im Gürtelamt wurde schon im Jahre 1907 wenig gebaut. Die Zahl der errichteten Gebäude betrug in der Stadt Köln: 1902 745, 1903 1030, 1904 1156, 1905 1015, 1906 1041 und 1907 973. Diese Zahlen zeigen aber den Niedergang im Jahre 1907 nicht erschöpfend; es muß hinzugefügt werden, daß im Oktober 1905 eine bedeutend größere Bauordnung betreffs der Bebauung von Grundstücken in Kraft trat. Die Spezialitäten hatten nun vor dem Inkrafttreten der neuen Bauordnung noch eine große Anzahl Baugesuche eingereicht, um diese Grundstücke noch nach der alten Bauordnung in den nächsten beiden Jahren bebauen zu können. Im dritten Quartal 1907, nachdem also die vor Oktober 1905 genehmigten Bauten fertiggestellt waren, zeigte sich erst der bedeutende Niedergang der Bautätigkeit. Im dritten Quartal wurden errichtet: 1907 194, 1906 289 und 1905 308 Neubauten. Wohnhausneubauten kamen insbesondere auf 125 resp. 217 und 208 Wohngrundstücken zur Ausführung. Im dritten Quartal 1907 ist die Bautätigkeit gegen das Vorjahr 1906 also um 80 pZt. im Wohnhausbau nur fast 50 pZt. zurückgegangen. So ist es auch im ersten Halbjahr 1908 geblieben. Zahlen stehen uns leider nicht zur Verfügung. Nach einer Statistik, die der Zweigvereinsvorstand Ende März aufgenommen hat, waren in den Orten Köln, Mülheim und Raft insgesamt 226 Baustellen mit 1233 beschäftigten Maurern. Ende Juni arbeiteten in demselben Gebiete auf 294 Arbeitsstellen 1312 Maurer.

Demnach sprechen ist auch die Mitgliederzahl bedeutend geringer. Im ersten Quartal 1907 betrug die Mitgliederzahl im Zweigverein Köln 2424, 1908 1895; im zweiten Quartal 1907 2200, 1908 1755.

Auch im Vorgebirge, im Braunkohlenrevier, hat sich die erwartete größere Bautätigkeit (Fabrikanlagen und Arbeiterwohnhausbau) nicht eingestellt. Die 1907 begonnenen Arbeiten sind fertiggestellt worden und dabei ist es geblieben. Wenn in Köln liegt es auch in Düsseldorf. Nach dem Berichte des hiesigen Amtes der Stadt Düsseldorf gestaltete sich die Bautätigkeit in dem ersten Halbjahr der letzten drei Jahre wie folgt. Es wurden Bauerlaubnisse erteilt:

Table with 10 columns: Jahr, öffentliche Gebäude, Wohnhäuser, etc. and 10 rows of data for years 1906-1908.

Auf dem Geldweidener Gürtelwerk waren im vorigen Jahre Hunderte von Mauern fast das ganze Jahr beschäftigt, diese Arbeit ist fertig und neue ist durch das Wert nicht be-

gonnen. Sollte die augenblicklich herrschende Krise in der Eisenindustrie, die besonders im Siegerlande stark auftritt, längere Zeit anhalten, was befürchtet wird, dann dürfte auch im Siegerlande die Baukonjunktur bald fast abflauen.

Am Dörzein wird wie gewöhnlich sehr wenig gebaut. Im Donner Bezirk liegt die Bautätigkeit völlig daneben. In Düren ist lediglich Arbeitslosigkeit, Hilfs- und Grundarbeiter werden immer gesucht und die Maurer haben alle Beschäftigung. Im Aachener Bezirk sieht es dagegen wieder schlecht aus. Nach dem Berichte des hiesigen Amtes der Stadt Aachen war die Bautätigkeit folgendermaßen:

Table with 4 columns: Bauereignisse wurden erteilt, Bauten wurden fertiggestellt, and rows for Jan/Feb 1907, Mar/Apr 1907, and 1908.

Table with 2 columns: Ueberhaupt, davon zum Zwecke der Errichtung von Neubauten, and rows for Jan/Feb 1906, 1907, 1908, and Mar/Apr 1906, 1907, 1908.

Hier zeigt sich mit einer einzigen Ausnahme in allen Anlagen ein gut Teil bedeutender Niedergang. Und dabei hat es den Anschein, als wenn ein Teil der angebotenen Bauten gar nicht ausgeführt werden wird. Wenn nicht die öffentlichen Gebäude ausgeführt würden, wäre in Düsseldorf sehr wenig zu tun. So wie in der Stadt, so sieht es in den benachbarten Landbezirken aus. Nur in Neuh ist eine lediglich gute Konjunktur. Aus dem Buppereichale fehlen ebenfalls die Zahlenangaben. Nach den Mitteilungen der Zweigvereinsleitung ist sowohl in den beiden Buppereichalen Barmen und Elberfeld als auch in umliegenden Orten Schwelm, Mönchhof, Brönnigke, Wöhlwinkel, Meitmann, Monsdorf, Bronenbergs, Bohwinkel, Meitmann, Grotten und Neuwiges, die im vorigen Jahre noch lebliche Arbeitslosigkeit hatten, wenig oder gar nichts zu tun. Im Weibeler Bezirk ist noch eine einigermaßen betriebene Bautätigkeit. Im Vergleichen (Solinger und Remscheid) ist eine mittelmäßige Baukonjunktur. Im Oberbergischen (Gummersbach, Waldbroel) wurde im Frühjahr und Frühsommer lebhaft gebaut. Ende Juni ist die Bautätigkeit nach und nach abflauen, als bei dort auch der Höhepunkt der Bautätigkeit wieder, wie auch in den vorhergehenden Jahren, sehr viel gebaut. Besonders im Eiderlande ist seit Jahren eine Hochkonjunktur, wie sie in keinem anderen Bezirke vorhanden ist. In Weibenaubant augenblicklich eine Baukonjunktur, allein 75 Wohnhäuser, der Siegener Bauverein in Siegen allein einige 20 Häuser. Im benachbarten Eifenbach braunten vor einigen Wochen 17 Häuser ab, mit deren Aufsat man bereits wieder beginnt. Trotzdem ist auch hier ein Niedergang gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen. Das Amt Siegen bezichtigte genehmigte Bauten im Jahre 1905 228, 1906 213, 1907 184, das Amt Weidenaubant: 1905 374, 1906 346, 1907 326.

Die Mittelbehörde der Preis- und Betriebskassensache für das Baugewerbe in Aachen ist gleichfalls gestundet, doch eignen sich die einzelnen Jahre nicht zur Vergleichung, weil Streiks in diese Zeit fallen.

Werkenswert ist auch hier, daß die Einwohnerzahl von Aachen in den Monaten März und April 1908 um 261 geringer ist als zu derselben Zeit des Jahres 1907. Alles weist darauf hin, daß in Aachen auch für die nächste Zeit keine Besserung zu erwarten ist. So wie in Aachen, liegt es im ganzen Landbezirke. In den industriereichen Orten Eisdorf, Schweiler, Solberg liegt die Bautätigkeit sehr daneben.

Auch am Niederrhein, in M. Gladbach, Biersen, Abetal, Oberstein, im ganzen Kreisfelder Bezirk, überall herrscht große Arbeitslosigkeit, bedeutender Niedergang der Baukonjunktur und keine oder nur wenig Aussicht auf baldige Besserung. Ähnliches wird bei uns die Frage aufgeworfen, was soll erst der Winter bringen, wenn es jetzt schon so schlecht ist.

Im ganzen Gau, mit wenigen Ausnahmen, eine miserable Baukonjunktur, das ist das Resultat unserer Feststellungen und Beobachtungen. Und dabei in den großen Städten ein festgesetztes Steigen der Wohnungsnot und damit der Mietpreise.

Gau Frankfurt a. M.

(Großherzogtum Hessen, Teile von Westfalen, von der Rheinprovinz, von Nassau, Bayern und Württemberg.)

Im Gau Frankfurt a. M. hat der Niedergang im Baugewerbe einen solchen Tiefstand erreicht, wie selten in früheren Perioden. Aufkäuflich ist dabei, daß der Niedergang die größten Orte fast gleich stark erfaßt. Weitere Kollegen sagen gegenwärtig oft, so schlecht war noch nie! Auch das Urteil nicht überall treffend sein, so wird doch damit der Eindruck der gegenwärtigen Konjunktur treffend gekennzeichnet. Es handelt sich um eine tiefgreifende Krise mit großen Wirkungen. Die Bautätigkeit im ganzen Bezirk ist wirklich schlecht, das kann man sagen, ohne dabei zu übertreiben. Der Niedergang in den Jahren 1899 bis 1902 läßt sich damit nicht vergleichen. Die Lage ist im gegenwärtigen Augenblicke sehr gedrückt und auch in nächster Zeit ist wenig Aussicht auf Besserung vorhanden.

Leider sind wir nicht im Stande, einen zahlenmäßigen Nachweis aus den einzelnen Orten zu bringen. Aus den Feststellungen, die wir bei der Wohnbewegung in den größeren Orten gemacht haben, wollen wir an dieser Stelle kurz die Ergebnisse mitteilen: In den Orten Aschaffenburg, Cassel, Coblenz, Darmstadt, Friedberg, Raubheim, Fulda, Gießen, Wehlar, Hanau, Korbach, Höchst-Erichheim, Mainz, Marburg, Offenbach und Wiesbaden, gibt die Zahl der in den Jahren 1904 bis 1906 durchschnittlich beschäftigten Arbeiter

von 11.000 bis 12.000 auf rund 5.500 zurück. Der durchschnittliche Niedergang übersteigt also fast 60 pZt. Die stärksten Rückgänge haben Cassel, Frankfurt a. M., Darmstadt und Fulda mit über 80 pZt. erlitten. Der Niedergang scheint damit nicht einmal zum Abschluß gekommen zu sein. Die Wohnbewegung in Frankfurt erlebte 1908 im ersten Halbjahre einen weiteren Niedergang. Der Wert der verkauften Grundstücke sinkt voranschreitend von rund 15 Millionen Mark 1907 auf 40 Millionen Mark 1908.

Den stärksten Niedergang hat die private Wohnungsbautätigkeit erlitten. In einigen Orten hat sie in diesem Jahre fast vollkommen aufgehört. In Frankfurt wurden in früheren Jahren schon über 300 Neubauten gebaut, gegenwärtig übersteigt die Zahl der Neubauten kaum 50. Das gleichmäßige Auftreten der Krisis in allen größeren Orten beweist, daß die Ursachen derselben in erster Linie in den Gebührenerhöhungen zu suchen sind. Die in einigen Orten vorhandene Ueberproduktion in Wohnungen hat zwar die Krisis verschärft, kann aber erst an zweiter Stelle erwähnt werden.

Die Neubauten für Industrie, Gewerbe, Handel und Verwaltung in der Privatwirtschaft sind ebenfalls schon stark zurückgegangen. Hier dürfte jedoch der Niedergang alle Zweige des Wirtschaftslebens erfaßt hat, dürfte auch im Baugewerbe die Wirkung am schärfsten sein. Die meisten Arbeitsgelegenheiten bringt die öffentliche Bautätigkeit durch Staat und Kommune. Hier kann von einer gewissen Entwicklung gesprochen werden. Die Zahl der öffentlichen Gebäude oder die Summe der öffentlichen Bauarbeiten hat in den letzten Jahren zugenommen. Ob diese Entwicklung auf bestimmte Ursachen zurückzuführen ist, ist schwer zu entscheiden; jedoch nehmen wir an, daß die starke Entwicklung von Industrie und Handel bestimme direkte und indirekte Einwirkungen gehabt hat. Das läßt sich von den Neu-, Aus- und Erweiterungsbauten für den Verkehr sagen. In den letzten Jahren sind die Bahnhöfe in Cassel, Gießen, Coblenz, Somburg v. d. S., Aschaffenburg, Wiesbaden und in anderen Städten entweder neu gebaut oder bedeutend erweitert worden. Gegenwärtig im Bau begriffen sind die Bahnhöfe in Darmstadt, Frankfurt a. M., Fulda, Marburg, Wehlar, Strun a. d. R. und andere. Der Militärstützpunkt drei neue Kasernen im Bezirk, zwei in Mainz und eine in Wiesbaden. In Coblenz wird ein neues Corpsbefehlungsamt und ein neues Garnisonlazarett gebaut; außerdem ein neues städtisches Verwaltungsgebäude.

In Frankfurt a. M. ist über die Hälfte aller gegenwärtig dort beschäftigten Kollegen (1300 bis 1400) an städtischen Bauten beschäftigt.

Ferner seien erwähnt die Neubauten der Irrenanstalt in Gießen, die Erweiterungsbauten der Universitätsklinik in Marburg, das Justizgebäude in Mainz. Für eine größere Anzahl Gemeinden wären noch Schul- und Kirchenneubauten anzuführen. Die generelle Eröpfung mag an dieser Stelle genügen; ebenso die Neu- und Erweiterungsbauten für das Postwesen.

Eine blutige Manifestation der Pariser Bauarbeiter.

Jr. Paris, 1. August. Seit drei Monaten streiken etwa 1000 Arbeiter, die in den Sandgruben von Draveil-Vigneux, 20 Kilometer von Paris entfernt, arbeiten. Ihre hauptsächlichsten Forderungen sind die Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung eines Minimalstundelohnes und einer Maximalarbeitszeit. Der Streik verlief ziemlich ruhig bis zum 2. Juni. An diesem Tage versuchten die Gendarmen in den Versammlungssaal der Streikenden einzudringen, um die Verhaftung eines Streikenden vorzunehmen. Als ihnen der Eintritt verweigert wurde, schossen sie durch die Tür und die Fenster in den Saal hinein, töteten zwei und verwundeten zehn der Streikenden. Nur gegen den kommandierenden Wachmeister wurde eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet, die jedoch mit dessen Freisprechung endete. Der Ministerpräsident Clémenceau suchte in der Kammer, in Erwiderung einer Interpellation unserer Genossen, alle Schuld auf die Streikenden abzuwälzen. Die Regierungsschule drohte mit weiteren Repressivmassregeln. Angesichts dieser Vorkommnisse beschloss das Zentralkomitee des Bauarbeiterverbandes, am 12. Juni auf alle Repressivmassregeln mit dem Generalstreik, von 24 Stunden zu antworten. In der Folge blieb die Situation stationär, bis am 27. Juli den Streikenden das Versammlungsrecht zu unterbinden versucht wurde. Bei der hierauf folgenden Demonstration wurden mehrere Führer der Streikenden verhaftet. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes beschloss nun, die Resolution vom 12. Juni zur Ausführung zu bringen. Am Donnerstag fand der Generalstreik, verbunden mit einer Manifestation am Streikort selbst, statt.

Die Regierung hatte sieben Regimenter Kavallerie und ein Regiment Jäger an den Streikort beordert. Das Meeting wurde durch eine Kavallerieattacke zerstört. Als sich die Massen - es mögen sich etwa 15.000 Bauarbeiter beteiligt haben - in Marsch setzten und nach Villeneuve-St. Georges, der nächstliegenden Bahnstation zu bewegten, wurden sie auf halbem Wege von einem Regiment Kürassiere angefallen. Es entspann sich eine förmliche Schlacht, die jedoch ziemlich unblutig verlief. Von da an war die Situation tragisch, die schliesslich vor dem Bahnhof von Villeneuve-St. Georges in eine wahnsinnige Schiesserei ausartete. Die Zahl der Toten und Verwundeten stieg zur Stunde nicht fest. Bekannt sind vier Tote und etwa 70 Verwundete. Zum Glück schossen fast alle Soldaten in die Luft, sonst wäre das Blutbad unermesslich gewesen.

Die Konföderation (Generalkommission), der Gewerkschaften beschloss gestern Abend für nächsten Montag den Generalstreik. Die Regierung liess gestern und heute die Sekretäre der Konföderation, die hervorragendsten Gewerkschaftsführer und sämtliche Führer der Bauarbeiter wegen Aufreizung zum Mord und bewaffneten Widerstand verhaften. Der Sekretär der Pariser Erdarbeiter, Lodu, ist verhaftet. Die Sekretäre des Verbandes, Rousselot, Clement, Perikat konnten bis heute Mittag nicht gefunden werden. Die

Anklage ist eine stupide und zynische Provokation seitens der Regierung. Die Situation ist im Augenblick, wo wir dies schreiben, tragisch. Kein Mensch kann absehen, was kommen kann und wird. — Hinter diesen Ereignissen treten die anderen augenblicklichen Kämpfe der Bauarbeiter, die einen drohenden Charakter annehmen, völlig in den Hintergrund. Hoffen wir, dass die junge Organisation die Krise glücklich übersteht. Eine kritische Würdigung der Vorgänge behalten wir uns vor.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
Stichwahlergebnisse.

Bei den in den Wahlabteilungen 7, 11, 15, 16, 18, 27, 39, 48, 50, 58, 61, 69, 74, 101, 107, 109, 111, 136, 140, 142, 143, 146, 147, 149, 151, 154, 155, 160, 163, 167, 168, 188, 191, 196, 199, 202, 208 vorgenommenen Stichwahlen wurden gewählt:

Wahl- abteilung	Name des Delegierten	Wohnort des Delegierten	Stimmen
7	Wilhelm Heidenreich	Nowanau	74 gegen 64
11	Carl Arndt	Lüdenwalde	98 " 56
15	Wilhelm Starucke	Groß-Westen	60 " 54
16	Wilhelm Kater	Wochwitz	102 " 71
18	Otto Hilbrich	Forst i. d. L.	99 " 91
27	Carl Günther	Kempin	8 " 6
39	Alcholo Müncheberger	Gundelsb.	88 " 62
48	Wilhelm Heim	Lübborf	56 " 43
50	Georg Hainbächer	Reufschb.	62 " 48
58	Carl Schütz	Marionwerber	189 " 132
61	Adolf Nicolaß	Reinmünd	105 " 87
69	Ferdinand Schmidt	Lübborf	66 " 43
74	Emil Großmann	Schnitz i. S.	44 " 37
101	Heinrich Thoren	Kammerdorf	82 " 46
104	Wilhelm Gwath	Peenrade	150 " 85
107	Ferdinand Timm	Brege	75 " 30
109	Wilhelm Wulf	Binneberg	47 " 18
111	Carl Schwarz	Lübborf	142 " 86
136	Heinrich Ludwig	Reufschb. i. W.	145 " 28
140	Hermann Kuttloff	Stäbe	125 " 95
142	Otto Munderack	Goldb.	85 " 78
143	Robert Reh	Röthe	88 " 44
146	Carl Frießel	Teuchern	74 " 62
147	Leopold Eichtopf	Markgrafstädt	64 " 20
149	Hermann Naack	Schönb.	40 " 16
151	Wilhelm John	Großb.	112 " 96
154	Franz Wetschal	Bismar	138 " 69
155	Heinrich Wendrich	Benzin i. M.	165 " 44
160	Wilhelm Breitenau	Reufschb. i. W.	96 " 52
163	Friedrich Benede II	Schadowtschen	113 " 75
167	Otto Hünge	Timmerwade	102 " 58
182	Joseph Bergemann	Bruck b. München	180 " 170
183	Ruber Widmann	Landsbuth i. W.	272 " 186
191	Friedrich Keugebauer	Kalkowitz	28 " 25
196	Albert Höpman	Stralupin	171 " 111
199	Paul Steinböhr	Tagwitz	82 " 22
202	Fritz Kunde	Pubitz	42 " 41
208	Carl Witzger	Göppingen	101 " 47

Zum Ergebnis der Haupt- und Stichwahlen aus Zweigvereinen, die selbständige Wahlabteilungen bilden, sind als gewählt nachzutragen:

Wahl- abteilung	Name des Delegierten	Wohnort des Delegierten
1	Otto Hanke	Berlin
1	Otto Lehmann	Berlin
1	Karl Kraul	Tempelhof b. Berlin
28	Friedrich Kemme	Berlin
28	Leo Gschoweff	Boien
37	Hermann John	Breslau
37	Karl Matinta	Breslau
46	Martin Herbes	Barren-Eberfeld
54	Fritz Strieck	Königsberg i. Pr.
59	Wilhelm Nichte	Stolz i. P.
60	Anton Heide	Hochum
72	Otto Wehnert	Meißen
84	Georg Thöne	Kosel
85	Joseph Schneider	Coblenz
86	Georg Schüller IV	Markgrafst.
87	Carl Schneider	Frankfurt
87	Wilhelm Goldacker	Markgrafst., St. Gannau
87	Anton Marschel	Obernörlan b. Bad Nauheim
87	Carl Seitz	Höchst a. d. Rh.
87	Abam Jung	Griepshain a. M.
88	Abam Schieferstein	Griepshain
110	Carl Weinger	Herbzig
118	Conrad Hisinger	Winden i. W.
123	Ernst Kaufholz	Nordheim
132	Nicolaß Junold	Leipzig
159	Albert Schünje	Diebendorf b. Magdeburg
161	Emil Breum	Stendal
172	Wilhelm Höll	Karlstraße
172	Martin Herzig	Karlstraße
173	Abolf Fritzer	Mannheim
173	Georg Müller	Bierheim
174	Mathias Wetnes	Mannheim
174	Nicolaß Bernhardt	Forzheim
188	Wilhelm Seiffel	Friedland i. M.

Berichtigung.
Die im Zweigverein Bayreuth für den Kollegen Gründler-Hof abgegebenen 145 Stimmen müssen für ungültig erklärt werden, da die Verammlung von jenen Mitgliedern nicht besucht gewesen ist und somit eine Fälschung des Wahlprotokolls vorliegt. An Stelle Gründlers ist der Kollege **Conrad Opiß-Hof** a. d. S. gewählt.

Abrechnung der Geschäftsleitung der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands vom 1. Quartal 1908.

Einnahme:

Von der Markteinnahme 10 Pz.	M. 237,64
Für Protokolle der 16. Konferenz	" 212,—
Von der Geschäftscommission für Revision	" 8,40
Zinsen vom Kapital	" 327,30
Summa	M. 780,34

Ausgabe:

Für Agitation der Geschäftsleitung	M. 316,65
Druckkosten	" 18,20
Delegationskosten zum 8. Kongress	" 643,85
sonstige Konferenzen	" 10,—
Stenogramm d. Verhandlungen d. 16. Konferenz	" 150,—
Druckkosten des Protokolls der 16. Konferenz	" 427,50
Streifenunterstützung der Weber	" 300,—
Bewaltung	" 471,—
Ausfälle	" 30,75
Revision	" 4,50
Sitzungen der Geschäftsleitung	" 15,25
Miete	" 30,—
Porto laut Buch	" 32,94
Summa	M. 2450,64

Bilanz:

Einnahme	M. 780,34
Bestand vom 31. Dezember 1907	" 10045,95
Summa	M. 10826,29
Ausgabe	" 8375,65
Bestand am 2. April 1908	" 8375,65

Der Geschäftsführer: Julius Gehl.
Die Revisoren:
Julius Keller, Wilhelm Hirsch.

Schlussabrechnung der Dreizehner der ehemaligen Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands nach den eingehenden Abrechnungen bis 31. März 1908.

Orte	Einnahme				Ausgabe				Bilanz	Summe	Bilanz	Summe
	1907	1908	1909	1910	1907	1908	1909	1910				
Berlin	70,84	70,84	70,84	70,84	70,84	70,84	70,84	70,84	283,20	283,20	283,20	283,20
Berlin	157,40	157,40	157,40	157,40	157,40	157,40	157,40	157,40	629,60	629,60	629,60	629,60
Berlin	164,60	164,60	164,60	164,60	164,60	164,60	164,60	164,60	658,40	658,40	658,40	658,40
Berlin	272,44	272,44	272,44	272,44	272,44	272,44	272,44	272,44	1090,76	1090,76	1090,76	1090,76
Berlin	165,58	165,58	165,58	165,58	165,58	165,58	165,58	165,58	662,32	662,32	662,32	662,32
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	403,25	403,25	403,25	403,25	403,25	403,25	403,25	403,25	1613,00	1613,00	1613,00	1613,00
Berlin	18,35	18,35	18,35	18,35	18,35	18,35	18,35	18,35	73,40	73,40	73,40	73,40
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	234,52	234,52	234,52	234,52	234,52	234,52	234,52	234,52	938,08	938,08	938,08	938,08
Berlin	241,24	241,24	241,24	241,24	241,24	241,24	241,24	241,24	964,96	964,96	964,96	964,96
Berlin	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	23,67	94,68	94,68	94,68	94,68
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	230,86	230,86	230,86	230,86	230,86	230,86	230,86	230,86	923,44	923,44	923,44	923,44
Berlin	289,26	289,26	289,26	289,26	289,26	289,26	289,26	289,26	1157,04	1157,04	1157,04	1157,04
Berlin	709,33	709,33	709,33	709,33	709,33	709,33	709,33	709,33	2837,32	2837,32	2837,32	2837,32
Berlin	43,59	43,59	43,59	43,59	43,59	43,59	43,59	43,59	174,36	174,36	174,36	174,36
Berlin	168,78	168,78	168,78	168,78	168,78	168,78	168,78	168,78	675,12	675,12	675,12	675,12
Berlin	101,05	101,05	101,05	101,05	101,05	101,05	101,05	101,05	404,20	404,20	404,20	404,20
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	171,94	171,94	171,94	171,94	171,94	171,94	171,94	171,94	687,76	687,76	687,76	687,76
Berlin	104,66	104,66	104,66	104,66	104,66	104,66	104,66	104,66	418,64	418,64	418,64	418,64
Berlin	189,97	189,97	189,97	189,97	189,97	189,97	189,97	189,97	759,88	759,88	759,88	759,88
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	209,80	839,20	839,20	839,20	839,20
Berlin	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	111,98	447,92	447,92	447,92	447,92
Berlin	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	374,50	1498,00	1498,00	1498,00	1498,00
Berlin	209,80	209,80	209,80	209,80	20							

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilhelm Hempel-Gunnealbe (Verb.-Nr. 336 903), Reinhard Schürmerling (74 659), Oswald Desorzi-Cöln a. Rh. (308 521), Wilhelm Girdes-Selkenträn (334 277), Luigi Meda-Boschum (383 962), Alb. Heimbach-Rosen (25 518), Edward Koch-Vorzheim (466 143), Theilemann Keil-Essenach (319 378).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Fadenburg: Fr. Wäbel (Verb.-Nr. 67 906), Alb. Miele (67 937), Elbing: Josef Schöfflin (66 589); Würzburg: Leonhard Benz (331 643).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Düsseldorf: Wilhelm Schulz, geb. am 4. April 1886 zu Pfingstfeld (Verb.-Nr. 189 559); Wittweida: Heinrich Vierbauer, geb. am 25. Sept. 1888 zu Biersfeld (Verb.-Nr. 313 461); Max Seiler, geb. am 15. Januar 1888 zu Eintracht (442 294); Brunshütteleoog: Schmidt Krüger, geb. 18. Febr. 1884 zu Rosenhütte (362 444); Finsterwalde: Albin Petermann aus Großpapa (154 676); Farnen, Brüssow und Stargard i. Pom.: Gustav Bremer, geb. am 30. Dezember 1880 zu Stralund. Alle Zweigvereine und Kollegen seien vor Bremer gewarnt.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstandsvorsitz.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorommisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Verbands-Kalender. Die Zeit ist wieder herangekommen, daß unser Maurer-Kalender gedruckt werden muß. Natürlich soll er nicht nur gedruckt, sondern auch zu vielen Tausenden verkauft und somit ein Berater unserer Kollegen werden. Bisler sind Bestellungen nur in recht geringem Umfange beim Verbandsvorstande eingegangen, so daß sich danach die nötige Auflage noch nicht beurteilen läßt; da aber mit der Drucklegung nicht gezögert werden kann, werden alle Zweigvereinsverwaltungen aufgefordert, sofort veranlassen zu wollen, daß den Kollegen Gelegenheit gegeben wird, den Kalender rechtzeitig bestellen zu können. Zu diesem Zweck sollte in den Versammlungen wiederholt und dringend auf den Kalender aufmerksam gemacht werden.

Der „sozialdemokratische Terrorismus“ pulst in Berlin auf den Bänken. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ hat unter dem 28. Juli folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder versandt:

„In letzter Zeit mehren sich wiederum die Fälle, in denen Arbeitnehmer, welche den sozialdemokratischen Organisationen nicht angehören, auf das Schicksal von den in diesen Verbänden organisierten Mitarbeitern drangsaliert werden, um sie zum Eintritt in dieselben zu zwingen. Diesen Leuten wird das Leben auf der Baustelle in ihrer Beziehung sauer gemacht und die Arbeit so lange verweigert, bis sie entweder des lieben Friedens wegen ihren Beitritt in die Arbeiterorganisation erklären oder den Bau verlassen, um sich eine andere Arbeitstelle zu suchen, wo sie gewöhnlich noch kurzer Zeit daselbstes Schicksal erwartet. Der einzelne findet zumeist nicht den Mut, sich bei seinem Arbeitnehmer zu beschweren, oft auch nicht den genügenden Schutz bei den Behörden, von denen einige hierbei nicht selten eine keineswegs einwandfreie Rolle spielen. So ergreift es besonders den „Leuten“, welche während der vorjährigen Streits gearbeitet haben.

Dagegen einzuschreiten, ist dringende Pflicht eines jeden Arbeitgebers. Wir werden, niemandem verwehren, sich zu organisieren wie er will, aber wir müssen ganz entschieden dagegen Stellung nehmen, daß unsere Arbeitstellen zu dieser Agitation während der Arbeitszeit verboten und dürfen anders- oder nichtorganisierte Arbeitnehmer nicht belästigt werden; dies scheint nicht genügend bekannt zu sein.

Aus diesem Grunde haben wir die vorgenannten Bestimmungen des Tarifvertrages auf Plakate drucken lassen, die Ihnen in diesen Tagen durch die Postanstalt zugehen werden. Wir bitten Sie, diese Plakate umgehend auf den Bänken und Arbeitsplätzen auszuhängen.

Sodann bitten wir Sie, diese Bestimmung des Tarifvertrages strengstens zu beachten und irgenwelche Schikanen und Belästigungen anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmer unter keinen Umständen zu dulden.“

Dieses Vorgehen des Verbandes der Berliner Baugeschäfte soll nach der „Post“, dem Organ des seligen Stumm, ein Wittumgänglicher Nachweh gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“ sein. Uns erscheint es recht zweifelhaft, daß der Verband der Baugeschäfte von Berlin auch nur einen „Fall“ beweiskräftig ansühren kann, wo sich Mitglieder der „sozialdemokratischen“ Organisationen gegen die Bestimmungsklausel vergangen haben. Daß unsere Mitglieder für ihre Organisation auf der Baustelle (in der Wandbe) Propaganda machen, ist ihnen bekanntlich nicht verboten. Aber magen sie viel zu wenig Gebrauch von diesem Recht und von dieser Pflicht. Was Belästigung ist, darüber steht dem Unternehmerverband

gar keine Entscheidung zu. Wer sich „belästigt“ fühlt, soll sich melden, dann wird ihm die ihm gebührende Nachsicht zu teil; denn daß Leute, die gegen die Organisation sind, von organisierten Arbeitern nicht mit Freundschaftsbezeugungen untschmeichelt werden, ist doch wohl selbstverständlich.

Alt-Kofel. Sonntag, den 26. Juli, tagte hier eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel. Kollege Hermann Baude aus Kattowitz war als Referent erschienen. Redner schilderte in fühlvollstimmigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag das Mauerereid, und seine Erfolge, die der Zentralverband während seines 17jährigen Bestehens errichtet hat. In der Diskussion kritisierte Kollege Robert Kowatz das Verhalten unseres Amtsvorstehers, der es soweit während der drei Jahre abgesehen worden waren, auf öffentliche Versammlungen in Lokalen verzichten mußten und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Lokalführer unter seiner Polizeibeherrschung schwer zu leben hatten und mit Recht befristeten, ihre Tätigkeit auf Spiel zu setzen, wenn sie es mit der allmächtigen Polizei verberden. Diese Geschichte ist nun durch Freiheit biete, anders geworden. Mögen sich doch jetzt die hiesigen Lokalführer ihre Lokale empfinden, wie zentralorganisierten Mauerer brauchen sie nicht mehr. Wir werden unsere Mitglieder überzeugen können, daß unsere Organisation die Grundbedingung jedes geistigen Fortschrittes ist, denn nur sie allein gibt dem Arbeiter die Möglichkeit, sich fortzubilden, und verschafft ihm die Mittel dazu, nämlich belebende Bücher und Zeitschriften; ferner bietet sie die Gelegenheit, an unseren Vereinstreffen teilzunehmen, damit ein jeder lernt, seine Kräfte in der Organisation und der Arbeiter erit ein ganzer der Mensch zu betätigen, mit Gedächtnis die wahre Aufgabe machte der Diskussionsredner noch bekannt, daß der Kurant Jos. Stanoff, zur Zeit in Demontowitz bei Dreßde i. Schl. Kardinal Hopp aus Dresden seines Amtes entsetzt worden ist. Diese Mitteilung wurde vom familiären Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Stanoff ist der Gefällige, durch den kaum weil er ihn einmal in einem Briefe nicht gerade mit Glacéhandschuhen angefaßt hatte. Ferner wurde mitgeteilt, daß wegen Verabfolgung unseres „sehr guten Patrons“ Wytrowski'sche Geschehen sein. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, so oft wie möglich Versammlungen unter freiem Himmel zu veranstalten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. Zu bemerken ist noch, daß zwei behelmte Gendarmen an Ort und Stelle waren.

Barth. Sonntag, den 2. August, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Unsere Arbeitnehmer haben sich als recht hartnäckige Scharmmader entpuppt und glauben, das Recht zu haben, die Kollegen in brutaler Weise zu verhöhnen, indem sie äußerten, sie schänderten herum, als trügen sie einen Bandwurm im Leibe. Auch haben sie eine Anzahl hiesiger Kollegen entlassen und gleich darauf fremde Mauerer eingestellt. Die erste Frage bei der Einmischung war, ob sie dem Verbands angehörten, dies habe doch keinen Zweck, weil der Verband sein Bestehen erreicht habe. Gegen diese Nachsicht der Arbeitnehmer erford die heutige Versammlung entschiedenen Protest und gelobte sich, nach wie vor mit allen Kräften für den Ausbau und die Stärkung unseres Verbandes zu sorgen.

Berlin. Die Sektion der Gips- und Zementbrände hielt Montag, den 27. Juli, im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Zunächst gab der Kassierer, Kollege Dersel, die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Die Einnahme betrug infolgedes M. 13 114,89, wovon M. 8034,73 an den Zweigvereinskassierer abgeführt. Der Bestand der Kassa betragt demnach am Schluß des Quartals M. 10 514,38. Für Streifbeiträge wurden M. 561,65, für Extrabeiträge M. 186,30 vereinnahmt. Auf Antrag der Redioren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Es folgte dann die endgültige Beschlußfassung über unsere fernere Stellung zur Affordarbeit. In dieser Frage haben bereits die Gruppen der Abtippiger, Spanner und Zementierer in ihrer Verammlung Stellung genommen. In einer ausgedehnten und sachlichen Diskussion sprachen sich alle Kollegen gründlich für die Lohnarbeit aus und empfahlen, daß unbedingt daran festgehalten werden müsse. Einzelne Kollegen empfahlen die Resolution, die die Gruppe der Spanner in ihrer Versammlung angenommen hat. Diese Resolution wurde in folgendem Wortlaut auf der Generalversammlung unterbreitet: „Die heute im Abtippammer ist nach wie vor von der Schädlichkeit der Affordarbeit überzeugt, die insbesondere für die in unserem Beruf beschäftigten Kollegen außerordentliche Gefahren zeitigt. Sie berücksichtigt sich auch weiterhin nicht der Erkenntnis, daß es im Bereich der Möglichkeit liegt, die Affordarbeit bis zur Bedeutungslosigkeit zu beschränken und verpicht sich auch ferner nach dieser Richtung hin tätig zu sein. Die Versammlung nimmt auch weiter Kenntnis von der am 16. Juni vorgenommenen Wundenkontrolle, durch die festgestellt ist, daß augenblicklich ein großer Teil der in der Gipsbrände beschäftigten Kollegen in Afford arbeitet. Die Ursache dieser Tatsache ist in der schlechten Konjunktur im Baugewerbe zu suchen, indem ein Teil der Kollegen von den Unternehmern gezwungen wird, in Afford zu arbeiten.“ Ferner giebt die Versammlung aus den gemachten Erfahrungen die Lehre, daß die Beseitigung der Affordarbeit nicht durch Beschlässe erreicht wird, sondern nur dann vornehmbar, wenn die Kollegen selbst aus Ueberzeugung diese Beschlässe mitgeben. Die Gruppe der Abtippiger stellt daher an die Generalversammlung folgenden Antrag: Der Beschluß der Sektion, wonach Mitglieder wegen wiederholter Affordarbeit aus dem Verbands ausgeschlossen werden, ist aufzuheben.“ Diese Resolution wurde mit allen gegen 22 Stimmen abgelehnt. Mit großer Majorität wurde dagegen der Antrag der Abtippiger, Träger und Zementierer, an der Lohnarbeit grundsätzlich festzuhalten, angenommen. Bei Beschluß gegen diesen Beschluß bleibt es dem Sektionsvorstand überlassen, von Fall zu Fall zu entscheiden, was mit den Kollegen geschehen soll, die gegen diesen Grundbes verstoßen. Hierauf berichtete der Vorsitzende Kollege Gaebe über den Stand

der Tariffrage. Wie bereits bekannt, hat die Organisation der Unternehmer, „Berliner Beton-Verein“, den bestehenden Tarifvertrag zum 30. September dieses Jahres gekündigt mit unserer Änderungsanschlägen bereit ist und eine Einberufung der Schlichtungskommission erwarnt, um die Vorschläge des Berliner Beton-Vereins entgegenzunehmen. Auf dieses Schreiben haben die Unternehmer bis jetzt noch nicht geantwortet und auch noch keine Sitzung der Schlichtungskommission einberufen. Erst dann, wenn die Änderungsanschläge vom Berliner Beton-Verein vorliegen, werden wir dazu Stellung nehmen. Die Versammlung erklärte sich mit dem bisherigen Verhalten des Sektionsvorstandes in der Tariffrage einverstanden. Unter „Beschließens“ wurde der Abtippiger Paul Dederit einstimmig wieder in den Verband aufgenommen. Nachdem die Kollegen noch aufgefordert worden waren, die Indifferenzen der Organisation zuzuhören und die kurze Zeit bis zum Oktober auszunutzen und fähig für den Verband zu agitieren, sowie auch jeden Versuch der Unternehmer, den Lohn zu reduzieren, der Sektionsleitung zu melden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Cöln. Sonntag, den 26. Juli, tagte die Generalversammlung für das zweite Quartal. Dem Geschäftsbericht, der vom Kollegen Streibom gegeben wurde, ist zu entnehmen, daß Kohnbewegungen innerhalb des zweiten Quartals drei in Frage kamen, und zwar die allgemeine Kohnbewegung, die bekanntlich am 4. Mai durch Annahme des Berliner Schiedsspruches erledigt wurde, eine Bewegung in B.-Glacé, wo es zum Kartenschluß gekommen ist (siehe vorige Nummer des „Grundstein“) und den zur Zeit noch zu führenden Anwehrrreit der Plattenleger. Zur letzteren Bewegung ist zu berichten, daß sie mit einer Schärfe geführt wird, wie man das früher nicht gekannt hat. Die Unternehmer haben wiederholt versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen, um ihren Verschlechterungspraktiken mehr Nachdruck zu verleihen. Zur Zeit werden Verhandlungen in Cöln unter dem Vorhitz des Beigeordneten der Stadt Cöln, Herrn Mehorst, geführt; was bei der Sache herauskommen wird, ist noch nicht zu übersehen. Ueber die Bautätigkeit ist zu berichten, daß sie in dem ersten halben Jahre dieses Jahres noch weiter zurückgegangen sein dürfte, leider liegen noch keine statistischen Zahlen der Stadt Cöln vor, sie werden erst in einigen Wochen erscheinen, aber nach unseren eigenen Aufzeichnungen ist die Zahl der Bauten sowie die Zahl der Gesellen ganz enorm zurückgegangen. Nach den Aufzeichnungen des Statistisches Amtes der Stadt Cöln macht sich ein gewaltiger Abbruch der Bautätigkeit im vierten Quartal des vorigen Jahres bemerkbar. Während die ersten drei Quartale mit denen der beiden Vorjahre so ziemlich gleichen Schritt gehalten haben, betrug die Zahl der Neubauten im vierten Quartal 194 gegen 289 bezw. 308 im Jahre 1905. Das bedeutet eine Abnahme von rund 33 Prozent. 36 pzt. Noch ungünstiger ist das Verhältnis in der Zahl der errichteten Wohnhäuser in derselben Zeit, hier beträgt das Minus 42 bezw. 40 pzt. Dasselbe trifft zu auf die neu geschaffenen Wohnräume im vierten Quartal des vorigen Jahres im Verhältnis zu demselben Quartal der beiden vorhergehenden Jahre. Das Minus beträgt hier 39 bezw. 36 pzt. Auch in den übrigen Quartalen, außer den ersten des Vorjahres, macht sich ein langsame Niedgang bereits bemerkbar. Wenn nun auch, wie das Statistische Amt der Stadt Cöln mitteilt, die Erhebung der Baupolizeibehörden sowie die Veranschlagung der Bauvorschriften in bezug auf die freizulassende Hoffläche (ein Drittel der zu bebauenden Fläche) die Bautätigkeit beeinträchtigt hat, so muß doch bemerkt werden, daß auch in Cöln sich ein Abflauen im Baugewerbe bereits im vorigen Jahre ganz bedeutend bemerkbar machte. Das Wohnungsangebot übertraf die Nachfrage im Jahre 1906 um 730 oder 16,1 pzt., 1905 um 980 oder 23,1 pzt. und im Jahre 1904 um 1225 Wohnungen oder 27,3 pzt. Wenn nun der Prozentfuß im Jahre 1907 als äußerst hoch zu bezeichnen ist, so darf aber nicht vergessen werden, daß der Abbruch bis zum Jahre 1906 ganz enorm war, und er wird sich im Jahre 1907 noch erhöhen. Es darf daher wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die Errichtung von Wohnungen mit der Entwicklung der Menschheit nicht gleichen Schritt gehalten hat. Die Folge davon dürfte wohl sein, daß sich die Bautätigkeit, namentlich die Errichtung von Wohnungen, unbedingt in den nächsten Jahren wieder heben muß. Weiter wird in dem Bericht darüber gefaßt, daß der Verfallungsbesuch in den Baustellen sowie in den Sektionen viel zu wünschen übrig ließ; damit müsse es in Zukunft besser werden. Nicht schon dann tue man seine Pflicht, wenn man nur seine Beiträge zahle und die übrige Arbeit nur einigen Kollegen überlasse, sondern man sei es sich selbst und seiner Familie schuldig, für die Institution einzutreten, die es sich zur vornehmsten Aufgabe gemacht hat, die Verhältnisse so zu gestalten, daß es möglich ist, als Mensch unter Menschen leben zu können. Der Kassierbericht, der im Druck vorlag, wurde durch den Kollegen Böhmee noch in einigen Teilen ergänzt. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug M. 10 889, die Kassa hatte eine Gesamteinnahme von M. 4198,37 und eine Ausgabe von M. 4769,29. Der Kassa-festbestand in der Zweigvereinskassa betragt M. 4429,09. In Extrabeiträgen gingen im Quartal noch M. 279,10 ein. Auf Antrag der Redioren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es erfolgte sodann der Ausschluß des Mitgliedes Ludwig Menfloh, Wuch-Nr. 2365, wegen Streifbruchs beim Streik der Plattenleger. Zum Schluß wurde noch ein Antrag der Bauarbeiterschutzkommission angenommen, der besagt, daß pro Mitglied und Jahr 10 3 Beitrag zu zahlen sind. Es wurde hierbei die Zahl der Mitglieder zu grunde gelegt, die für das Gewerkschaftsstatell maßgebend ist.

Efterwerda. Am 21. Juli tagte hier eine Mitglieder-Versammlung, die leider nur von acht Kollegen besucht war. Es konnten daher auch nur die wichtigsten Sachen erledigt werden. Die Unternehmer schieben die Schlappe unserer Kollegen auch richtig ausnutzen zu wollen, denn bei Dahnab und Woben wurden am folgenden Tage vier Kollegen entlassen wegen Mangel an Arbeit. Am anderen Tage wurde den noch in Arbeit stehenden Kollegen das Messer auf die Brust geföhrt, indem Herr Woben erklärte: „Entweder Ihr ruht im Afford oder Ihr habt etwas anderes zu gewähren.“ Die Kollegen waren jedoch standhaft und wurden dafür drei entlassen; die zwei noch in

Arbeit Stehenden werden jedoch den Wünschen des Herrn Voben ebenfalls nicht nachkommen. Die größte Freude darüber scheint Herr Jage zu haben. Dieser Herr Jage seinen Leuten, daß Lehmann (der Vorsitzende) sich für 22 1/2 zum Stammschützen angeboten habe. Wenn Herr Jage auch Lehmann und der Verband ein Wort im Auge ist, so sollte er doch wenigstens die Wahrheit sagen. Als im Frühjahr die Lohnkommission bei ihm vorstellte wurde, da erklärte der Herr: Ich verhandle nur mit meinen Leuten. Bis heute hat er dieses jedoch noch nicht getan. Ja, er besucht sogar Lohnverhandlungen vorzunehmen, und zwar gleich 4 1/2. Die Kollegen bei Jage müssen ihren alten Standpunkt aufgeben und nicht glauben, daß der Vorstand dies wehren kann. Nein, sie müssen es selbst tun und alle für einen eintreten. Wenn Herr Jage glaubt, daß einer 36 1/2 nicht verdient, dann soll er ihn entlassen. Darum, Kollegen, ersucht Mann für Mann in der am 18. August stattfindenden Versammlung.

Sagen i. M. Christliche Verkündungen
 a 18 Mittel zu m. Zweck. In Nr. 31 der „Baugewerkschaft“ sucht ein mit Christenmanieren ausgebildeter Berichterstatter meine Feststellungen in Nr. 28 des „Grundstein“, betreffend „Christliche“ als Streiftreiber in Betrieben a. d. Hand, dadurch abzuwürgen, daß er mit der den Christlichen eigenen „Wahrheitsliebe“ behauptet, daß die von seinen Kollegen ausgeführte Pfostenlagerarbeit keine Streiftreiberarbeit sei. Der Wahrheit wegen muß ich nochmals etwas nachhelfen. Denn ich vermute, daß der Berichterstatter in solchen Fällen an „Christliche“ „Gedächtniswache“ leidet, oder daß ihn die Eibe in den letzten Wochen so arg zugerichtet hat. In dem „Wahrheitsliebenden“ christlichen Berichterstatter nicht hinlänglich bekannt, daß Mitglieder der Streikleitung der Pfostenlager in Betrieben auf dem Bureau der „Christlichen“ in Dagen die Pfostenlagerarbeit in Betrieben als Streiftreiber festgestellt haben? Und weiter: wer schwänzte, als er aufgefordert wurde, mit der Streikleitung nach Dagen zu gehen? (Der Berichtsführer vom „Christlichen“ Verband in Dagen!) Ja, ich kann es dem „Christlichen“ Berichterstatter nachfühlen, daß man andere nicht gut vom Streiftreiber zurückhalten kann; wenn man selbst nur kurzer Zeit des Streiftreibers bezichtigt wurde. Weil unsere Feststellungen mit christlichen Gründen nicht zurückgewiesen werden können, greift der „Christliche“ Berichterstatter zu dem höchsten Werkzeug und schreibt, ich hätte sollen vorher keine Pfostenlagerarbeit verrichten. Wie es scheint, hat man es sich als letzte Ausflucht vorbehalten, allen denen vom „roten“ Verband Pfostenlagerarbeit, d. h. Krantheit angudichten, wenn man mit ihnen nicht anders mehr fertig wird, wie es die „Christlichen“ in Betrieben systematisch unserem Kollegen Bogatz gegenüber tun, und zwar in einer Art und Weise, die man ebenfalls als „Christlich“ bezeichnen kann. Jedenfalls kann man dem „Christlichen“ Berichterstatter empfehlen, vorausgesetzt, daß er nicht schon Mitglied ist, sich sofort in den Reichsflügelverband aufnehmen zu lassen, wo er bei solcher Benennung in kurzer Zeit eine noch höhere Stellung erreichen kann. Jetzt sind nun die „Christlichen“ wieder feste dabei, die Streiftreiberarbeit zu verrichten; wahrscheinlich hoffen sie diesmal, daß sich die Firma Biegler aus Danzberg für ihre Maurereierdienste als Mitglied in den christlichen Verband aufnehmen läßt. Weil nun der ehemalige „rote“ Verbändler, jetzt ebenfalls neugeborene zweite Lokalbeamte der „Christlichen“ — Baronin Jette Charge I mit drei Sternen — Herr Kollege Jang, abzugeben sucht, daß er den Streiftreiber zugegeben hat, werden seine „Brüder in Christo“ gut tun, für ihn einige Messen lesen zu lassen, damit dem Sünder das Himmelreich offen bleibt.

Karlruhe. Da u l w e n nennt man die Spekulanten, die es wagen, Häuser zu bauen, ohne das nötige Kleingeld dazu zu haben; die es nur versuchen, sich auf Kosten anderer, besonders der Arbeiter, zu bereichern. Zu dieser Sorte Spekulation scheint ungeweiht der Malermeister Heinrich Wagner zu gehören. Dieser hat sich in der Schönfeldstraße, hier, einen Bauplatz gekauft; die Bauarbeiten wurden dem Maurermeister Johann Wang in Wülzburg übertragen und mit dem Bau wurde Ende April begonnen. Am 17. Mai sollten die an diesem Bau beschäftigten Arbeiter ihren Lohn für vierzehn Tage erhalten, was aber nicht geschah, denn der Bauherr Wagner samt dem Unternehmer Waag waren nicht im Stande, die Summe von circa M. 900 für den Lohn auszubringen. Die Kollegen legten hierauf die Arbeit nieder und klagten vor dem Gewerbegericht den Betrag für den Lohn samt einer Entschädigung in der Höhe von drei Tagelöhnen ein; letztere deshalb, weil die Kollegen von dem genannten Herrn von einem Tag auf den anderen bezüglich der Lohnauszahlung verdröset wurden. Das Gewerbegerichtsurteil wurde auch in diesem Sinne gefällt. Bei diesem Vorgang zeigte es sich, daß der Bauherr Wagner dem Herrn Waag, den Auftrag erteilt hatte, mit der Arbeit zu beginnen, ohne daß er die Baurechtfrage geregelt hatte. Dieses mußte Wagner vor allen Dingen tun, weil er doch wußte, daß er der letzte ist, der über soviel bare Münze verfügt, um damit die Arbeiter im Nothfalle auszuhelfen zu können. Weils drei Wochen sind damals verfloßen, bis die Arbeiter ihren verdienten Lohn erhalten konnten, und weil dann ein Gelbmann, der sich verdröset hatte, für den Lohn aufzukommen gefunden war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Betreffs der obengenannten Entschädigung wurden die Arbeiter damit verdröset, daß diese noch und nach ausgezahlt werden sollte. Jetzt sind für diesen Bau M. 30000 Baurecht bewilligt, und zur Sicherung der Arbeitslöhne befindet sich folgender Akte, von dem Kreditgeber unterzeichnet, in den Händen der Geschäftsleitung der Maurer.

H e r e s.
 Der Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit, den am Neubau Heinrich Wagner, Schönfeldstraße 5, arbeitenden Maurern und Tagelöhnern den jeweiligen Lohn am Zahlung, der alle 14 Tage stattfindet, zu bezahlen, und zwar durch Unternehmer Sr. Waag, Maurermeister, was bescheinigt
 Karlruhe, den 9. Juni 1908. Der Dankkreditgeber: Friedrich Weiß.

Trotz dieser vorgezeichneten M. 30000 und trotz dieses Aktes haben nun die Kollegen Samstag, den 25. d. M., statt des verdienten Lohnes, wieder nur M. 5 abschlägig bekommen. Sie beschloßen deshalb einstimmig, über diesen Bau die Sperre zu verhängen, damit sie endlich ihren verdienten Lohn und die ausgeklagte Entschädigung bekämen. Die Herren müssen ein

äußerst böses Gewissen haben, sonst würden sie sich wenigstens am Bau selber lassen und den Arbeitern Rede lassen, weshalb das Geld für den Lohn ausbleibt. Von uns wurden diese Herren ebenfalls aufgefordert, so rasch wie irgend möglich dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihr verdienten Geld bekommen; aber auf diese Aufforderung eine Antwort zu geben, fällt ihnen abhand nicht ein. Inner diesen Umständen sehen sich deshalb die Maurer wie auch die Bauführerarbeiter veranlaßt, die Forderung aufzustellen, daß, ehe die Arbeit wieder aufgenommen wird, die Entschädigung im vollen Umfang bezahlt und der Lohn jeweils 14 Tage vorher an irgend einer Stelle deponiert sein muß. Dieses Vorgehen mag vielleicht Verwirrung erregen; wenn man aber bedenkt, daß in hiesiger Stadt Bauarbeiter schon stichende Mark an Löhnen durch Spekulanten verloren haben, oder daß Bauarbeiter durch das langsame Konsumieren schon Monate lang, ja, in einem Fall bereits ein Jahr, auf ihren sauer verdienten Lohn warten mußten, dann wird und muß man es begreiflich finden, daß sich die Arbeiter auf diese Art zu verhalten haben. Die Bauführer ist nunmehr gesperrt, und wir nehmen an, daß nicht ein einziger Kollege, trotz der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, so unvorurteillich ist und dort die Arbeit aufnimmt, denn er muß sich gewärtig sein, daß er umsonst arbeitet.

Limbach i. S. Der hiesige Zweigverein hielt am 22. Juli eine Mitgliederversammlung ab, die trotz der wichtigen Tagesordnung sehr schlecht besetzt war; nur 51 Kollegen waren anwesend. Kollege Thiemer verlas die Abrechnung vom 2. Quartal, die von den Revisoren für richtig befunden wurde und folgendes ergab: Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 252, von denen 86 Wöhnen sind. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M. 1092,55, die Lokalasse eine Einnahme von M. 367,67 (inkl. Sparoffenbestand) und eine Ausgabe von M. 104,75; Kassenbestand M. 260,32. Die Einnahme der Ertragsbeiträge für die Hauptkasse betrug M. 13,20. Hierauf referierte Kollege Röck über die Lohnbewegungen im Jahre 1907. Er sprach in eingehender Weise die Bewegungen des Verbandes im allgemeinen sowie die Arbeitseinstellungen im besonderen. Des näheren kam er auf die Bewegungen in Limbach zu sprechen; er betonte, daß auch hier noch viel zu schaffen sei und forderte die Kollegen auf, unermüdet für die Stärkung des Verbandes zu agitieren, damit wir in geschlossenen Reihen das bisher Erzeugene verteidigen und unsere Lage weiter verbessern können. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Sodann wurde die Stichwahl zum Verbandstag zwischen den Kollegen Knorr, Burgstädt und Rothluff-Frida vorgenommen. Die Abstimmung ergab die einstimmige Wahl des ersteren mit 50 Stimmen. Die Wahl des Kassierers sowie des Stellvertreters mußte wiederum vertagt werden, weil die älteren und vertreteneren Kollegen, die bei der Wahl in Frage kommen, die Versammlungen nicht besuchen, und von den jüngeren kein geeigneter Kollege in Vorschlag gebracht werden konnte. Den Mitgliedern erging ein Vers, die Versammlungen fernerhin besser zu besuchen, damit wir endlich schneller vorwärts kommen.

Ludenswade. Am 26. Juli hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Wilhelm Schulte in üblicher Weise durch Erlesen von den Wägen gelehrt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 2. Quartal; ihre Richtigkeit wurde von dem anwesenden Revisor bestätigt. Sodann gab der Kollege Hargmann als Baukontrollor seinen Bericht. Er führte aus: Wie den Kollegen einmütig ist, wurden die Baukontrolloren zum Oberpostamtlichen Tsch, der durch den Maurermeister Franz Lehmann in der Weidenstraße einen Neubau aufwischen läßt, wegen Hausfriedensbruchs benannt. Am 21. Juli kam die Anklage, welche auf gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch lautete, vor dem Schöffengericht in Ludenswade zur Verhandlung. Als Zeugen waren Maurermeister S. Schel und Maurermeister U. Lehmann geladen. Letzterer führte aus, daß es Sitte sei, die Kontrolloren, wenn sie sich ausfindig benehmen, auf der Baustelle zuzulassen; ein Recht hierzu hätten sie allerdings nicht. Wir wollen hier leugern richtig stellen und fragen Herrn Lehmann, ob er nicht mehr weiß, was in der Verhandlung im April d. J. mit der Lohnkommission gesprochen worden ist. Es ist unter Zustimmung der Arbeiter und Unternehmer beschlossen worden, daß die Baueinstellung zugelassen werden muß. Der Zeuge Schel wurde nicht vernommen. Der Anklagewalt beantragte das niedrige Strafmaß, eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger Genosse und Reichstagsabgeordneter Heim-Verlin plädierte auf Freisprechung. Nach fünf Minuten Beratung erfaute das Gericht auf Freisprechung der beiden Angeklagten, Kollegen Hargmann und Genossen Müller, Bauarbeiter. Der Zeuge Tsch wurde wegen Nichterscheins mit einer Ordnungsbüße von M. 10 belegt. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. In „Verstehens“ wurde die vom Kollegen Grinde eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Die Resolution lautet: In Ermüdung, daß zur Zeit in Ludenswade noch ein ganz Teil Bauhandwerker arbeitslos ist, ferner daß die arbeitslosen Bauarbeiter feuergefährliche Bürger sind, erucht die heute stattfindende Versammlung den Magistrat der Stadt Ludenswade ganz ergeben, dahin wirken zu wollen, daß bei der von der Stadt zu vergebenden Bauten in erster Linie hier anfallige Bauhandwerker beschäftigt werden. Beschlossen wurde ferner, am 15. August a. r., abends 8 Uhr, bei 21/2 Uhr, Mittag in der Bahnhofstraße unser diesjähriges Stiftungsfest zu feiern.

Lidenswade. Sonntag, den 19. Juli, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Nach dem Kassenbericht, den Kollege Schmidt erstattete, hat der Zweigverein trotz der sehr schlechten Konjunktur insonder Fortschritte zu bezeichnen, als die Mitgliederzahl gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres stabil blieb, der Marktenverkauf dagegen um 454 zunahm. Neuaufnahmen wurden 86 gemacht, darunter fünf Lehrenten vom christlichen Verband. Beitragsmarken wurden 3049 verkauft. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 382. Die Hauptkasse schloß in Einnahme und Ausgabe inklusive Ertragsbeiträge mit M. 1490,60 ab. Die Einnahme der Lokalassens betrug M. 1945,66, die Ausgabe M. 852,31, mithin Lokalassensbestand M. 1093,35. Kollege Scheer erklärte im Namen der Revisoren, die Kasse im Quartal verschiedene Male geprüft und stets für richtig befunden zu haben. Bei der Stichwahl zum Verbandstag erhielt Kollege Peter, von Müten 11 Stimmen, Kollege Schmidt 31. Die Kollegen der Zahlstellen müssen sich in Zukunft mehr an den Generalversammlungen beteiligen.

Neustadt i. O.-S. In einer am 23. Juli abgehaltenen Maureerverammlung referierte Gauleiter Baude-Station über die hiesigen Verhältnisse. Auf Grund genauer Ermittlungen teilte der Referent mit, daß am hiesigen Ort nicht weniger als acht verschiedene Lokalfassen bestehen. Der Lohn schwankt zwischen 17 bis 50 1/2 pro Stunde, im Durchschnitt also 29 1/2. Bedauerlich sei, daß die Arbeitnehmer fast gegenseitig bekämpfen, anstatt einträglich gegen die schlechte Bezahlung und das Lohnzahlungsstille, Nummern statt Namen, wodurch das Vertrauen unter den Arbeitern gefördert wird, weil keiner von dem anderen weiß, wie viel Lohn er erhält, Front zu machen. Beschlossen wurde, den Unternehmern folgenden Lohnsatz zu unterbreiten: Vollgiltige Gesellen sollen einen Mindestlohn von 28 1/2, jüngere 30 1/2 und ausgelernte 28 1/2 erhalten. Eine demnächst einzuberufende Versammlung soll über weitere Schritte beschließen.

Tangermünde. Am 1. August tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die von circa 80 Kollegen besucht wurde, auch vom Zweigverein Tschow waren vier Kollegen anwesend. Der Zweck der Versammlung war hauptsächlich, der Ueberforderung der dort hiesigen Zuckerraffinerie Einhalt zu gebieten. Der Vorsitzende führte den Kollegen ihr verdienstliches Tun und Treiben kurz vor Augen und hob hervor, daß unter den heutigen Verhältnissen die Ueberforderung zu verschärfen und nicht dazu angetan sei, die Arbeitslosigkeit unter unseren Berufskollegen zu vermindern, sondern sie werde dadurch nur noch viel mehr verschlimmert. In der lebhaftesten Diskussion beurteilten die meisten Kollegen das längere Arbeiten entschieden. Zum Schluß der Debatte wurde der Antrag eines Kollegen, das Älterwerden freizugeben, gegen 11 Stimmen abgelehnt. Unter Berücksichtigung der Referate der Kollege Wladimir Bericht über die Schaffung eines Gewerbegerichts und wies darauf hin, wie schmerzhaft es heute unseren Kollegen sei, eine Forderung gegen den Unternehmer einzufordern, weil die Sache beim ordentlichen Gericht ausgedehnt werden müsse. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Parteimitr Zimmermann am 22. August ein freies Vergütigen für die Gewerkschaften von Tangermünde beantragen wolle, weshalb wir unsere nächste Mitgliederversammlung auf Freitag, den 21. August, verlegen müssen. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, dafür einzutreten, daß auch der Beschluß der heutigen Versammlung hochgehalten wird. Denn nur durch Einigkeit und Solidarität können die Interessen des Verbandes nach innen wie nach außen gefördert werden.

Wurzen. Freitag, den 31. Juli, tagte hier eine Maureerverammlung, in der Kollege Jakob die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband erläuterte. Am 1. April dieses Jahres waren in 187 Zweigvereinen die Arbeitsverträge abgelaufen. Dies wollte der Arbeitgeberverband benutzen, um eine größere Aussperrung in Deutschland vorzunehmen. Dieses mußte unter allen Umständen vermieden werden, da zur Zeit eine schlechte Bauzeitigkeit herrscht. Es folgte nun die Quartalsabrechnung. Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betragen sich mit M. 1006. Die Lokalasse hatte eine Einnahme von M. 1186,04 und eine Ausgabe von M. 181,93. Bestand M. 941,11. Vom Sommerfest bleibt ein Ueberfluß von M. 65, so daß in der Vergütungskasse M. 1763 vorhanden sind. Im allgemeinen beurteilte die Versammlung den Standpunkt des Arbeiterverbandes bezüglich der Errichtung eines Unterarktsraumes am den Friedhof und beschloß, noch weitere Schritte in dieser Sache vorzunehmen. Weiter wurde noch Stellung zu den Vertreterahlen der Ortskassentasse genommen. Sie finden am 15. September statt. Die Kartelldelegierten wurden beauftragt, die vorgeschlagenen Kollegen dem Kartell zu unterbreiten.

Föllterer und Steinholzleger.

Cöln. Die Föllterer und Steinholzleger von Cöln und Umgegend hielten am Sonntag, den 27. Juli, im „Volkshaus“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Der achte Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und die achte Konferenz der Föllterer und Steinholzleger Deutschlands. Als Referent war Kollege Hermann Lange aus Berlin erschienen. Er führte den Anwesenden kurz die Entstehung und Entwicklung der Freien Vereinigung vor Augen, kritisierte die Einigungsverhandlungen und gab dann den Bericht vom achten Kongreß im Zusammenhang. Hierauf ging er zur achten Konferenz der Föllterer und Steinholzleger über. Er empfahl am Schluß den anwesenden Kollegen, den dort gefaßten Beschlüssen zustimmen und vor allen Dingen danach zu handeln. In der Diskussion erhellte sich erster Redner der Kollege Ullrich das Wort. Er ist Gegner der Verschmelzung mit dem Zentrverband der Maurer und behauptet den Austritt aus der „Freien Vereinigung“, ist aber, um jede Zerstückelung zu vermeiden, für den Anschluß an die Generalkommission als selbständige Organisation. Der Kollege Mastus aus Leipzig trat den Ausführungen Ullrich sehr scharf entgegen und empfahl bei der Referent den Anschluß an die Maurer. Es sprach dann noch der Kollege Hannacker, der ebenfalls Bedenken gegen den Anschluß an den Verband der Maurer hegt. Nachdem noch einige Kollegen gesprochen und ihren Standpunkt hierzu präzisieren hatten, erhielt der Kollege Lange noch einmal das Wort. Er bezeugte die einzelnen Bedenken als nicht stichhaltig; sie seien teilweise noch recht zünftlerisch, besonders das, daß die Föllterer und Steinholzleger nicht durch die Maurer verdrängt werden würden. Die Unternehmern fragten den Zeufel danach, ob einer Maurer oder Konditor ist. Sie stellen bei Bedarf denjenigen ein, der Föllterer ist, und können sich nicht darum, aus welchem Beruf er hervorgegangen ist. Die Hauptfrage ist, daß der Betreffende seine Arbeit versteht; ist dies nicht der Fall, dann entläßt er ihn eben, und wenn er der stichhaltige Maurer ist, diesen Fälle haben wir doch schon sehr oft zu bezeichnen gehabt. Dem Kollegen Ullrich erwiderte er, daß er, Lange, heute noch auf demselben Standpunkt stehe als vor zehn Jahren. Wenn aber ein Gefühlswechsel stattgefunden habe, dann nur bei denen, die bei der „Freien Vereinigung“ verbleiben seien, obgleich dort heute der Parlamentarismus gänglich vermehren ist und im Gegensatz zu früher innerhalb der ihr angeschlossenen Organisation weder für die sozialdemokratische noch für sonst eine Partei Propaganda gemacht werden dürfe. Die Freie Vereinigung sei heute also politisch neutral. Bei der Abstimmung erklärten sich die Anwesenden gegen zwei Stimmen mit den auf der achten Konferenz gefaßten Beschlüssen einverstanden. Die Abstimmung, ob wir uns den

Maurer über der Generalkommission anstehender wolle, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, zu der alle Kollegen schriftlich geladen werden sollen.

Samburg. Am 26. Juli hielt wie eine Versammlung ab. Der Vorsitzende referierte über das Verhalten der Unternehmer gegen die Arbeiter und betonte, daß sich die Unternehmer fortwährend Verträge gegen den mit ihnen abgeschlossenen Sozialvertrag zu schinden konnten lassen. Ein Kollege, der schon 18 Jahre Jolierer ist, sollte begründet werden und Gehaltsohn erhalten; weil er nach Ansicht des Unternehmens nicht das nötige Quantum Arbeit leistete. Außerdem seien noch Mängelangelegenheiten zu bezeichnen gewesen. Um diese zu beseitigen, wurde versucht, mit den Unternehmern eine Aussprache herbeizuführen. Auf ein diesbezügliches Schreiben erhielten wir die Antwort, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bereit sei und die Herren am Blage seine Vertretung beauftragt. Die Schlichtungskommission zu verhandeln, da die Geller Kollegen sich augenblicklich im Streik befinden, wurde die Sache eingehend verhandelt. Bei Frau M. - Gesellschaft Wahrscheinlich ist eine größere Arbeit von Haack & Co. in Galle zu erledigen, und es sollen, wie wir aus bestimmter Quelle erfahren, daselbst, Arbeitswillige beschäftigt sein. Es soll von unserer Seite dem Maurerverband versucht werden, die Arbeitswilligen dort wegzubringen; die Namen der Arbeitswilligen sind: Zumpfe, St. Georg, Langreißer 81 Hs. L. Heinrich Ewentamp, Brienstraße und Deppe aus Galle, auch soll der Jolierer und Zigarrenhändler Gustav Feiden, Aulenhofendamm 48, für die Firma Haack & Co. Streitarbeiten verrichten. Es wurde ferner vorgeschlagen, daß in Kiel der Arbeitswillige Dornmann ganz energisch herangezogen werden soll, sich aber auf nichts eingelassen hat und weiterarbeitet, dagegen bei der Kollege Stelle abgereist. Der hamburgische Vertreter von Haack & Co., Herr Hinke, verläßt die Sache sehr harmlos hinzustellen, indem er erklärt, es sei überhaupt kein Streik, da nur 13 Mann feiern. Unser Vorsitzender hat sich persönlich davon überzeugt, daß 28 Kollegen streiken. Es wäre zu wünschen, daß die Geller Kollegen den Sieg erringen, denn die Zustände dort sind haarsträubend. Der Montagemeiler Meute zieht den meisten Vorteil aus der Arbeit. Die Versammlung erklärte sich mit den Geller Kollegen solidarisch und verbrach ihnen in jeder Hinsicht Unterstützung, damit ihnen der Sieg werde.

Aus Oesterreich.

Die Prager Maurer machten kurzen Prozeß mit der Gewerkschaftskommission daselbst. Das Prager Arbeiterorgan hatte einem logenamtigen nationalen Maurerverein seine Spalten geöffnet, obgleich es dies vor längerer Zeit abgelehnt hatte und trotzdem die Maurer dagegen protestiert hatten. Das Vorgehen des Prager Arbeiterblattes, das zu dem Beschluß des vorjährigen scheidungsständigen Gewerkschaftskongresses in Scheidenden Widerspruch fand, wurde von der Prager Arbeitervertretung gutgeheißen, ohne daß der amtierende Sekretär der Prager Gewerkschaftskommission dagegen Einspruch erhoben hätte. Einflußmäßig beschloß daher die zentralorganisierten Maurer in einer Konferenz, alle Verbindungen mit der Prager Gewerkschaftskommission zu lösen und in weiterer Konsequenz den Verbandsoberstand aufzufordern, auch keine Weisräge mehr an diese Kommission zu leisten. Einmalig in dem Verhalten der Gewerkschaftskommission eine Sanktion der Zentralorganisation zu erblicken sei. In dieser Organisation wollen aber die scheidenden Maurer unerröcklich festhalten.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 26. Juli bis 1. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 600, Breslau 500, Lichtenberg 400, Hensberg 400, Bremen 400, Hofen 500, Spandau 820, Groß-Biegnort 300, Lütke 300, Frankfurt a. d. O. 300, Jahnke 300, Frankfurt a. M. 300, Lippoldswiler 280, Mariendorfer 250, Schmirn in i. Westf. 250, Moorburg 250, Prenben 270, Rothemühl 200, Osnabrück 200, Mollershof 200, Wilschensburg 200, Geyndorf 200, Siltberg 200, Reinholdsdorf 190, Weichenice 150, Rikha 150, Heidemühl 150, Segeberg 130, Wädeburg 130, Langenbichow 125, Meiersberg 120, Schintel 120, Wilsberg 100, Gransee 100, Straßburg i. Glf. 100, Quecklinburg 100, Stadenhagen 100, Wermentz 100, Mahlsdorf 100, Rauen 100, Gelle 100, Mümmel 100, Kamlich 100, Nohlan (Nehlan) 85, Oer-Schönweide 80, Kössin 80, Leßlin 75, Frankenthal 75, Joachimshof 70, Kalkberge 60, Rahna 60, Bodevitz 60, Jünnchenhagen 60, Magdeburg 50, Witten 50, Falbe 50, Wardenmünde 50, Dale i. Garg 50, Güstrow 50, Lüben 40, Neufalen 35.41, Ottenhof 30, Gögze 30, Münster (Oberlahnke) 25. Summa M. 10 650.41.

Zulassung erhielten: Minden i. Westf. M. 350, Mannheim 300, Mühlhald 200, Marhorst 150, Waldin 120, Elsterfeld 100, Rinsdorf 100, Deffau 50. Summa M. 1870.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilschestr. 57.

Ans den Verwaltungsstellen.

Aufnahme. Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Am 2. August hielt die hiesige Zahlstelle ihre Quartalsversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer den Kassensbericht, der von dem amtierenden Kassierer als richtig bestätigt wurde. Als Referat wurde der Kollege Lohmann gewählt. Der Bevollmächtigte, Kollege Emdke, gab einen kurzen Bericht von der 15. Generalversammlung, den er aus dem Protokoll entnahm. Es wurde auf Antrag folgender Beschluß gefaßt: „Die Zahlstelle wird am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats bei Lohmann, Stiftstraße 7. Die Versammlung findet den ersten Sonntag nach dem 15. im Quartale statt. In der Wohnung des Kassierers werden keine Steuern mehr abgenommen. Vom Kassierer wurde Klage über faule Bezahlung geführt. Die Mitglieder wurden auf 6 a hingewiesen. Bericht wurde der schwache Versammlungsbesuch. Es ist Pflicht der Mitglieder in jeder Versammlung zu erscheinen.“

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauern schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Altsburg. Weil das Gerüst nicht den Vorschriften entsprach, ist am 28. Juli unser Kollege Joseph Peter bei einer Reparaturarbeit abgestürzt und war sofort tot. Er erlitt einen Schädelbruch, brach das Nacken, die Arme und mehrere Rippen. Der Staatsanwalt, der bei Streikvergehen eine sehr rühmliche Tätigkeit entfaltet, hat sich merkwürdigerweise bisher dieser Sache noch nicht angenommen.

Caputh. Bei dem Erweiterungsbau des Schlosses vom hiesigen Rittergut passierte am 28. Juli, vormittags 10 Uhr, ein Unfall. Die Arbeiter sind dem Hofmaurermeister Volle in Potsdam übertragen, der dem Polier Kruse aus Hannover die Aufsicht übertragen hat. Dieser ließ es nun zu, daß gegen eine Kellervand von 25 cm Stärke, 10 m Länge und 2,65 m Höhe in dieser Höhe auf der einen Seite Sand angehäuft wurde, was zur Folge hatte, daß ein Stein und zwei Mann unter die Erde begrub. Einer davon ist mit leichten Verletzungen abgenommen, während der Kollege Dümichen aus Weick dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Die umgekehrte Wand wurde gleich nach dem Unfall wieder hochgeführt, diesmal aber nicht in einer Stärke von 25 cm, sondern in einer solchen von 38 cm.

Slagau. Am 25. Juli ereignete sich ein benachbarter Unfall an dem Neubau einer Scheune des Unternehmers Arbeiter aus gedehes Unglück. Als kurz vor Feierabend der Arbeiter nach einmal kurz brachen, brach das Gerüst zusammen und drei Kollegen stürzten mit ab. Zwei von ihnen hatten Verletzungen am Kopfe, während der dritte an den Armen und Händen schwer verletzt wurde. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß das Holzgerüst in schlechtem Zustande war. Recht noch haben sich die Mitarbeiter gegen den am schwersten Verletzten benommen. Es hat sich niemand um ihn bekümmert, sondern man ließ ihn die ganze Nacht in einem Stalle liegen, bis ihn am nächsten Morgen seine Frau abholte. Hieraus ist wieder zu sehen, was unsere ländlichen Kollegen noch fehlt und wie nötig sie es haben, sich der Organisation anzuschließen. **Martrahäb.** Am 27. Juli stürzte auf dem Grundstein der Firma Schimmel & Co. ein frisch gemauertes, einen Stein hartes Gewölbe ein, wobei ein Maurer schwer verletzt wurde. Die Arbeit wird von der Gemauerer Spezialitätensfirma Kunkst ausgeführt. Das Gewölbe war schon zum Teil geschlossen, wie man hört, soll aber die Abstützung ungenügend gewesen sein. Die Arbeit wurde im Auford gemacht.

Wickensfeld. Ein bedauerlicher Baunfall ereignete sich hier am Sonnabend, 1. August, vormittags 11 Uhr, auf dem Neubau des Baumunternehmers W. Zimmerling. Die Arbeiter daselbst waren mit Transportieren von Möbelscheiten beschäftigt und zwei Bekränge, Scheibung und Seilpost aus Leihung, sollten dieselben in einem fertigen Zimmer auf einen Träger absetzen. Sie legten aber auch Steine auf das Gewölbe und jedenfalls ist dieses überlastet worden, denn es brach, wobei es die beiden Bekränge mit in die Tiefe riß, gleichzeitig schlug es aber auch das untere Gewölbe durch, so daß die Bekränge zwei Stock tief herunterfielen, wobei sie sich schwere Verletzungen zuzogen; beide sind dem Krankenhaus zugeführt worden. Wenn an diesem Unglück die Schuld bestimmbar sein wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls war es Pflicht des Poliers, darauf zu sehen, daß die beiden Bekränge nicht zu viel Steine absetzten. Der Unternehmer Zimmerling ist übrigens einer der ärgsten Sachmacher hier am Dreie. Es ist beiseite, der in diesem Jahre ohne Grund fremde Maurer hierher kommen und beim vorjährigen Maurerstreik die Bekränge überhanden arbeiten ließ. Hoffentlich kann sich die Behörde nach diesem Unfall etwas mehr um dergleichen Unternehmern.

Murzen. Am 24. Juli verunglückte auf einem Neubau in der Vorgartenstraße ein Maurerpolier sehr schwer. Er lenkte einen Wagen, an dem Pferde hinten angehängt worden waren. Als die Pferde plötzlich ansetzten, schlug die Wagenrückwand nach und traf der Polier mit großer Gewalt an den Kopf. Der Verunglückte verlor das Bewußtsein. Auch am folgenden Tage lag er noch ohne Bewußtsein. Offenbar hat er eine Gehirnerschütterung erlitten.

Wafflerendruck im Rißbergertunnel. Ein eigenartiges Unglück hat sich beim Bau des Rißbergertunnels in der Schweiz ereignet und 25 Arbeiter den Tod gebracht. Der Tunnel liegt in der Nähe des Gasteren, in dem ein wildes Wasser dahinfließt. Bei einer erfolgreichen Sprengung traf man auf eine im Gestein innere verlaufende Wasserader des Gasterenals, deren ungeheure Wassermassen sich gleich in den Tunnel ergossen. Von den dort beschäftigten Arbeitern konnten sich nur zwei von den dort beschäftigten Arbeitern konnte sich nur ein einziger retten, die übrigen, 25 an der Zahl, mußten in dem Wasser und den damit herabstürzenden Gestein und Geröllmassen erstickend ertrinken und ertrinken, oder wurden von dem Luftdruck zerquetscht. Der Weg nach dem Ausgang war mit den Geräten, Maschinen und Wagen verstopft. Von dem eigentlichen Vorgang bei dem Unglück kann man sich, je mehr darüber berichtet wird, um so weniger eine rechte Vorstellung machen. Der Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz hat einen Kollegen nach der Unglücksstelle geschickt, dem man nach einigem Sträuben denn auch gestattet hat, das Tunnelinnere zu betreten. Im Verbandorgan der schweizerischen Kollegen berichtet dieser über das, was er gesehen und erfahren hat. Wir geben einiges davon wieder. Die Darstellung des Unglücks seitens der Bauleitung entspricht in der Hauptfache den gemeldeten Ursachen. Eine genaue Feststellung der Ursachen der Katastrophe kann aber erst nach vollständigem Ausbau des Tunnels erfolgen. Vorläufig ist man auf Vermutungen angewiesen, deren Wahrscheinlichkeit die ist, daß der Drücker des Gasterenals, nicht wie ursprünglich angenommen, oberhalb, sondern unter der Tunnelbasis endigt. Seine Lage muß nach der Tiefe hin, Nord nach Süd, gehen. Nach den geologischen Forschungen hätte er senkrecht stehen müssen, wozu sich dann die vor der Katastrophe bestehende Annahme erklärt, als ob mit dem Vordringen bis zu 2072 Meter die Ge-

fähr beseitigt wäre. Im Gasterenal werden an der mit Wasser gefüllten Einbruchsstelle fortwährend Messungen vorgenommen, um den Wasserabfluß zu kontrollieren und die Ergebnisse mit den Messungen des Wasserlaufes im Tunnel zu vergleichen.

Die Räumungsarbeiten, deren Dauer noch nicht vorausgesehen werden kann, sind äußerst schwierig. Die Nachtschicht hatte jeweils für drei Sprengungen 100 Kilo Dynamit mitgenommen. Ein solches Quantum ist überschüttet worden. Auch besteht die Gefahr, daß Nachtschichten eintreten, sobald ein Teil des Schuttes aufgehoben ist. Wie uns Ingenieur Klotzke mitteilte, genügt man weite Röhren in das Geröll hineinzutreiben, um das eingebrochene Material darin zu fassen und hinauszuleiten. Eine Konferenz der Ingenieure hat die zu ergreifenden Maßnahmen beschlossen. Nach der Unterredung hatten wir Gelegenheit die Unglücksstelle, soweit man überhaupt vordringen vermochte, anzusehen.

Der Gang ins Innere des Stollens war unheimlich. Gurgelnd ergoß sich das schmutzige, mit Sand und Schlamm vermischte und von der Einbruchsstelle herrührende Wasser in ein Becken, das, um vordringen zu können, durchwaten werden mußte. Arbeiter bemühten sich, den Zugang frei zu legen, während oben, auf Gerüsten, bereits die Bohrmaschinen wieder in Tätigkeit waren. Weiter hinten wurde das Personal ausschließlich mit Räumungsarbeiten beschäftigt. Auf der rechten Seite des Tunnels zogen sich drei schwere Kohleleitungen hin, wozu die eine einen Durchmesser von 60 Zentimeter hat. Diese Leitungen sind durch den Luftdruck auf die linke Seite, über einen Abflußkanal, geworfen worden. Mehr Sand und Schlutt weggeschafft werden konnte, mußte man zuerst diese Leitungen werden an ihren alten Standort verbringen.

Je mehr man in das Innere des Stollens drang, um so düsterer wurde das Bild. Beim matt flackernden Schein der Petroleumlampen tauberten dunkle Gestalten in geringen Abständen von einander entfernt, den Abflußkanal. Die ersten Wölkchen konnten dabei Schaufenst- und Schöpfer verwenden, während die hinteren Gruppen, um allfällige Explosionen des mitgeschwemmten Dynamits zu verhüten, nur mit bloßen Händen arbeiten durften. Ein großer Teil des Sprengstofflagers wurde bis jetzt ausgegraben und in Kisten verpackt in das außerhalb des Tunnels gelegene Magazin transportiert. Aber fortwährend schwebt das Geröll neue Patronen und Minen herbei.

Allmählich wurde die Schlammschicht tiefer und bedeckte die Dienstgeleise vollständig. Nur stieß man jeder Augenblick auf Körperteile der Verunglückten und Überresten von Bergzeug und Transportmaterial. Das zerbrochene Element hat gründliche Arbeit verrichtet; der Luftdruck muß ein ungeheurer gewesen sein. Während unserer Anwesenheit sind 24 verschütteten Arbeiter gesammelt und in einen Sack provisorisch verpackt worden. Die schwereren Transportwagen lagen vollständig zerfallen auf der Seite, dieses Weltbild war wie Seidenpapier zusammengeknüllt. Bis zu 1350 Meter konnte man sich noch stehend vorwärts bewegen, von da weg nur noch in gebückter Haltung, während nach weiteren 200 Metern, bei 1550 Meter, jedes Vordringens unmöglich war.

Der Druck des Gerölls ist noch immer vorhanden, so daß die Räumungsarbeit, falls derselbe anhält, wohl unterbrochen werden muß, um eine neue Katastrophe zu verhindern.

Die beteiligten Arbeiter sind von einer tiefen inneren Erregung ergriffen. Täglich finden Versammlungen statt, in denen über allfällige zu ergreifende Maßnahmen seitens der Arbeiterorganisation beraten wurde. Nach den Aussagen einzelner Arbeiter, hätte es beim Tunnelbau an genügenden Sicherarbeiten gefehlt. Es ist nun allerdings nicht anzunehmen, daß deshalb die Katastrophe auf dieser natürlichen Gewalt heringebrochen ist, dagegen scheint ein anderer Vorwurf gegenüber der Bauunternehmung nicht unberechtigt zu sein. Einer der drei Geretteten erzählte nämlich, daß er nur deshalb dem Unheil entrinnen konnte, weil er zufällig mit einer elektrischen Lampe versehen war. Während die Del- und Äthethenlampen beim ersten Luftdruck sofort auslöschten, konnte er sich einen Weg bahnen und so außer den Bereich der tobdringenden Wasse gelangen. Beim Zurücklaufen sei er auf einen anderen Arbeiter getroffen, den ein nachrollender Transportwagen im Rücken verlegt hatte. In der Dunkelheit hätte dieser Arbeiter, Daniel Wendenut, nicht ausweichen können und fand, da eine Rettung ausgeschlossen war, mit den Worten: „Grüße mir die Freunde!“ auf den Rippen, ein fröhliches Grab.

In der ersten Versammlung ist beschloffen worden, außer einer gründlichen Untersuchung der Ursache des Unglücks, die Einführung der Zweifelhendigkeit während der Dauer der Räumungsarbeiten, sowie die Verabreichung von wasserfesten Bein- und Fußkleidern an alle Arbeiter von der Firma zu fordern. Schon im Laufe des ersten Tages nach dem Unglück sind 160 Arbeiter auf ihre Verlangen ausbezahlt worden und täglich verlassen eine größere Anzahl den Unglücksort. Der Firma dürfte der entstandene Schaden teuer zu stehen kommen. Sie ist bei keiner Versicherungsgesellschaft rückversichert und hat deshalb die Hinterlassenen der Toten aus eigenen Mitteln zu entschädigen.

Polizei und Gerichte.

Ein Raufriedensbruchprozess nach Schema R. Während des Streiks im vorigen Jahre in Delmenhorst hatten die Unternehmer eine Anzahl italienische Arbeitswillige herangezogen, die auf einem Neubau der Binoleumfabrik „Schlüsselmark“ beschäftigt wurden. Am 5. August, abends, bei Beendigung der Arbeitszeit, sammelte sich auf der Straße vor der Fabrik eine Menschenmenge an, unter der sich Neugierige und Streifende, Frauen und Kinder befanden. An dem Abend, als die Arbeitswilligen auf der Straße erschienen, ist es zu einem Gedränge gekommen, bei dem die Streifenden versucht haben, die Arbeitswilligen zu sich herüberzuziehen. Einige sind auch mitgegangen. Bei dem allgemeinen Gedränge fand auch ein Arbeiter der Arbeitswilligen der Hut vom Kopfe und bei seinem Versuch, ihn wieder von der Erde aufzuheben,

soll der Betreffende von verschiedenen Seiten mehrfach ge-
hoßen und geschlagen worden sein.

Diese Vorgänge haben sich zu einem Landfriedens-
bruchprozeß entwickelt, in dem die Bauarbeiter Flach,
Reising, Schröder, Dormann, Schwere, Waßne und
Schidert und unser Verbandskollege Müller als Angeklagte
erschiene. Die Anklage war darauf gerichtet, daß die
Zusammenrottung gewollt und beabsichtigt und auf Be-
gehung von Gewalttätigkeiten gerichtet gewesen sei. Dem
wider sprach aber ganz das Ergebnis der Zeugenaussagen,
die überhaupt nichts ergaben, wodurch die Schuld der
Angeklagten erwiesen und die Merkmale des § 125 des
Str.-G.-B. erfüllt wären. Von den Zeugen konnte der
Wachmeister Göbe nichts Wesentliches bezeugen. Es sei
in der Menge gefolgt und gepöbelt und als er zum Aus-
einandergehen aufgefordert habe, sei man dem nicht gefolgt,
weil die Straße völlig überfüllt gewesen sei. Der Haupt-
belastungszeuge war ein Bauunternehmer Twisterling.
Wie fast immer! Es ist ja gerade nicht besonders merk-
würdig, aber wir wollen doch einmal darauf aufmerksam
machen, daß in solchen Prozessen meistens immer Unter-
nehmer die Kronzeugen der Staatsanwaltschaft sind. Wo
selbst Gewerksamen und Schlichter vor Gericht die Anklage
aufzuheben, da zeugen Unternehmer fröhlich darauflos; denn was
tun ihnen geschehen? Sie haben ja Mühenbedingung! In
diesem Falle machte der Kronzeuge allerdings den Vor-
behalt: „wenn ich mich nicht irre“.

Von einem Angeklagten wurde behauptet, daß der
Zeuge einen Arbeitsschilling angefeuert habe, das Messer
zu ziehen und auf die Streitenden einzustechen, während
er selbst behauptete, gesagt zu haben: „Nur Courage!“ Ein
Zeuge, der frankheitsvoller nicht zum Termin erschienen
war, sollte bezeugen, daß dieser Twisterling gesagt hat:
„Ich will es soweit treiben, daß es zu einem Landfriedens-
bruchprozeß kommt, dann kommt Militär!“ Sonst wußte
der Zeuge Twisterling auch nichts Besonderes anzugeben,
als daß geschupst wurde und man ihn ans Knie getreten
hat. Seine Aussage, ein Italiener habe ihm gesagt, wenn
er nicht mit den Streitenden gehe, wolle man ihm den Hals
abschneiden, mußte der Zeuge schließlich dahin berichten,
daß der fragliche Italiener, der gar nicht Deutsch sprechen
konnte, eine ähnliche Bewegung gemacht habe. Auch die
übrigen Zeugen waren in ihren Aussagen ebenso unbestimmt.
Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage
gegen sechs von den Angeklagten aufrecht und nur gegen
Reising und Schröder beantragte er Freisprechung, gegen
Dormann und Schwere je 8 Monate Gefängnis und
gegen die übrigen Angeklagten je 5 Monate; außerdem
für den Angeklagten Schidert, der den Twisterling einen
Damp geschimpft haben soll, wegen Verleumdung eine Zusatz-
strafe von 2 Wochen Gefängnis.

Die durch Dr. Herz-Altona und Rechtsanwalt Härtel-
Wremem verteidigten Angeklagten wurden von den Richtern
verurteilt wie folgt: Dormann und Schwere je 6 Monate,
Müller und Waßne je 4 Monate und Schidert 4 Monate
und 1 Woche Gefängnis. Die Anklage gegen Flach wurde
abgetrennt und kommt vor das Schwurgericht. Schröder
und Reising wurden freigesprochen.

Nach Schema F. Bei dem ganzen Rummel ist kein
Mensch ernstlich verletzt worden. Vielleicht hat einer der
Streitbrecher einige Watschen bekommen und schimmeln-
falls der Unternehmer Twisterling einen Tritt vor
Schienbein. Dabei ist ein bißchen randaliert und spektakel
worden. Wie oft geschieht so etwas und zur Sühne haben
die Hebelläter eine Geldstrafe zu leisten. Damit ist dann
die Sache erledigt und aller Schaden beglichen. Anders na-
türlich, wenn es sich statt um gewöhnliche Menschenfinder
um Streitende als Hebelläter handelt. Dann tritt die Um-
wertung aller Werte ein. Was eine harmlose Schupferei
war, wird dann brutale Gewalttätigkeit, zusammen-
gekaupte Reugierige werden zusammengepöbelte Auf-
rührer, und der ganze Rummel, der sonst in einigen
Tagen schon vergessen wäre, wird zum Landfriedensbruch,
der seine Folgen Jahre hindurch wirken läßt. So ist's; so
ist's seit den ersten Zeiten der Arbeiterbewegung und es
ist längst zum Schema F geworden. Warum? Als wenn
man das noch zu sagen brauchte.

Aus anderen Berufen.

Karl Görlitz †. Der deutsche Hosenarbeiterverband
hat einen schweren Verlust zu beklagen. Der langjährige
Redakteur seines Verbandsorgans, Karl Görlitz, ist am 30. Juli
morgens nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 42 Jahren
gestorben. Sowohl als Redakteur wie auch als Redner hat er
dem Verbands große Dienste geleistet; die Interessen der Mit-
glieder gegenüber dem Unternehmertum vertrat er mit der
größten Schärfe und Konsequenz. Seine Waffen wurden be-
sonders von dem Rederkönigling geschätzt, denn er böß zusehte.
Seine markigen Worte und seine derbe, aber immer das Richtige
treffende Schreibweise fand in seinen Kollegenkreisen die größte
Anerkennung, während Unternehmer und Staatsanwälte ihn
deshalb scharf verfolgten. Diverse Male mußte er seine Frei-
heit hinter Gefängnismauern lassen. Schon vor Eintritt der
letzten Strafe (ein Monat) hatte sich ein schlechtes Wagen-
unfall ereignet, das sich durch die Haft verschlimmerte und
ihn nicht mehr verließ. In Magdeburg, seinem Geburtsort,
hat er die letzten Wochen seines Lebens verbracht. Die Arbeiter-
schaft Hamburgs, besonders die deutschen Hosenarbeiter, werden
Karl Görlitz ein ehrendes, treues Andenken bewahren.

Eine neue Gewerkschaftsherberge in Dessau haben
sich die dortigen Gewerkschaften errichtet. Die Herbergs-
verhältnisse in Dessau waren bisher denkbar traurig. Viele der
reisenden Kollegen und Genossen machten einen weiten Bogen
um Dessau, um nicht in der dort bestehenden, unläubigen Ge-
werkschaftsherberge übernachten zu müssen, oder sie suchten in
der Herberge „zur Heimat“ eine Zufluchtsstätte. Das Dessauer
Gewerkschaftsamt hat nun durch die tatkräftige finanzielle
Unterstützung eines Genossen eine Herberge, mit neuen Betten
im Hause Ballenbederfer 1 eingerichtet. Während sich in den
oberen Stockwerken des Hauses die Herberge mit Bade- und
Waschmöglichkeit befindet, ist im ersten Stock außer zwei
Stuhlkammern ein freundliches und geräumiges Fremden-
zimmer eingerichtet. Im Souverain sind Restaurationsräume.
Reisenden, Kollegen und Genossen sei daher die saubere Herberge
in Dessau aufs angelegentlichste empfohlen.

Verschiedenes.

* Vom Wachstum der großen Städte. Eines der
Sauptmerkmale der modernen Zivilisation ist die aus
Wunderbare grenzenlose Entwicklung der Städte. Ver-
gleichs mit dem Altertum und mit dem Mittelalter geben
überraschende Resultate. Nach gewissenhaften, wenn auch
vielleicht nicht ganz genauen Schätzungen hatte das alte
Alexandria 700 000 Einwohner. Das Rom des Augustus
dürfte 800 000 Einwohner gehabt haben, und seine größte
Rivalin, die von ihm gebaute Stadt Karthago, 700 000.
Im Mittelalter, zur Zeit Philipps des Schönen, dürften
Mailand und Paris eine Bevölkerung von je 200 000
Seelen gehabt haben. Florenz zählte im Jahre 1333 etwa
90 000 Einwohner und Venedig im Jahre 1422 etwa
190 000. Antwerpen hatte im 16. Jahrhundert 200 000
Einwohner. Was am meisten überrascht, ist, daß London
im Jahre 1877 nicht mehr als 30 000 Einwohner gehabt
haben soll. Das 19. Jahrhundert erst war das Ver-
hundert der staunenerregenden Entwicklungen der Städte.
Im Anfang des vorigen Jahrhunderts — so lesen wir
im „Economiste francais“ — gab es in Europa nur
21 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern; jetzt gibt
es deren 159! Im Jahre 1801 hatte London etwa eine
Million Einwohner; jetzt hat es, wenn man alle Vororte
mitrechnet, mehr als 7 Millionen! Paris ist von etwas
mehr als 500 000 im Laufe eines Jahrhunderts auf fast
3 Millionen gestiegen; Brüssel von 66 000 auf 623 000; Ber-
lin von 172 000 auf mehr als 2 Millionen; Wien von
231 000 auf 2 Millionen; Madrid von 100 000 auf mehr
als 500 000. Im Jahre 1801 zählte Neapel 350 000 Ein-
wohner, Rom und Mailand je 170 000, Petersburg und
Moskau sind nun etwas mehr als 1 000 000 auf fast 1 500 000
bzw. 1 859 000 gestiegen. Nimmt man China aus, so gibt
es in der Welt elf Städte, die mehr als eine Million Ein-
wohner haben: an erster Stelle steht London; es folgen
New-York (4 133 000 Einwohner), Paris, Chicago, Berlin,
Wien, Philadelphia, Petersburg, Moskau, Konstantinopel,
Rakutta.

Eingegangene Schriften.

Im Verlage der Generalkommission der Ge-
werkschaften Deutschlands, Berlin 50, Engelauer 15,
4. Etage, sind erschienen: **Protokoll der Verhandlungen**
des letzten Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom
22. bis 27. Juni 1908 in Hamburg, sowie **Die deutschen**
Gewerkschaften. Neue graphische Darstellungen und
statistische Tabellen von E. Brunner. Beide Schriften sind
durch familiäre Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des
Protokolls beträgt M. 1 pro Exemplar, der der Brunnerschen
Schrift M. 1,50. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten
die Schriften zum Selbstkostenpreis, das Protokoll zu 25 %
und die Schrift von Brunner zu 50 % pro Exemplar durch
die Gewerkschaftsvereine.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben
das 44. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt
des Heftes seien hier hervor: Vom Reichsanwalt. — Das
ländliche Genossenschaftswesen. Von Emil Wanderbeide. —
Solingen. Eine Ehrenrettung von Wille, Dittmann (Frank-
furt a. M.). Das Ende der deutschen Jugendorganisation?
Von Karl Böttcher (Berlin). — Das fünfundsanzwanzigjährige
Jubiläum des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands. Von
Dionys Zimmer.

Quittung

Bei der unterzeichneten Expedition sind folgende Beträge
eingegangen:
S. H. I.: Glogau M. — 40; Nowawes 2,05, Rattowitz — 90,
Zielsenig 2,95, Gültrow — 80, Geshacht — 85, Erfurt 1,65,
Loitz 3, Rehnitz 3,20, Kaufbeuren — 80, Mackranstädt 1,20,
Ruhardenberg — 40, Nord-Siebränge 1,50, Zeitz 3,30, Dilsch-
dorf — 45, Zangenmünde 3,60, Wronberg 3,30, Uetzen 1,80;
Schweinfurt — 60, Meuselwitz 1,20, Sorau 3,30, Geisenkirch 1,80,
Lauenburg a. b. G. — 70, Rügen 1,20, Wahn — 50, Förbe 1,80,
Nörblich — 80, Stegitz 3,60, Einzig 1,50, Alt-Damm 3,60,
Delmenhorst 1,20, Neufels 3,60, Goldberg i. Schl. 3,30, Mühl-
hausen i. G. — 30, Mansfangan — 90, Eisenach 1,80, Magde-
burg 2,10, Sebnitz — 30, Wittenberge — 90, Hebelberg 1,85,
Dormund 2,40, Wodeneu 3,15, Merseburg 4,50, Einbeck — 45,
Hagen i. W. 1,50, Waldburg i. Schl. 1,20.
Die Expedition des „Grundstein“.

Briefkasten.

Erlieben und Fortf. Versammlungsanzeigen zum
4. August kamen für Nr. 31 zu spät.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweig-
vereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen
Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Schubin-Gr.-Salzdorf.
Zweigverein Bromberg.
Sonntag, den 16. August, nachm. 3 Uhr:
Erstes Stiftungsfest
im Lokale des Herrn Berger zu Gr.-Salzdorf,
bestehend in **Konzert und Ball.**
Alle Kollegen der Bezirksstelle wie auch des Zweigvereins
werden hierdurch freundlichst eingeladen.
[M. 3,60]. Das Komitee.

Frelenwalde a. d. Oder.
Sonabend, 15. August, abends 8 Uhr:
Behnes Stiftungs-fest
im Lokale des Herrn W. Voigt, Kanalstraße.
Sämtliche Kollegen werden hiermit freundlichst eingeladen.
[M. 2,70]. Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbands-
mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem
Wesentlichen Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 A.)

Angsburg. Am 28. Juli starb unser Kollege **Joseph Peter** durch Unfall.
Berlin. (Bezirk Süd-Ost.) Am 28. Juli starb
unser langjähriger Mitglied **August Paris** im
Alter von 55 Jahren an Speiseröhrentrebs.
Al.-Glauch. Am 31. Juli starb nach langem Leiden
unser Verbandskollege **Franz Wiczorek** im
Alter von 35 Jahren an Lungenentzündung.
Fraunfurt a. M. Ober-Wörlitz. Am 26. Juli
starb nach langem, schwerem Leiden unser treues
Verbandsmitglied **Jos. Ph. Jung** im Alter von
42 Jahren an Lungenleiden.
Laugen. Am 29. Juli starb unser Verbandskollege
Ph. Adam Keim nach langjähriger Krankheit
im Alter von 64 Jahren an Tuberkulose.
Ludenswade. Am 22. Juli starb nach kurzer, schwerer
Krankheit unser treuer Verbandskollege **Wilhelm
Schulze** im Alter von 45 Jahren.
Magdeburg. Am 31. Juli starb unser Ehrenmitglied
Gustav Oelze im Alter von 64 Jahren nach
langem und schwerem Krankenlager.
München. Neuhausen. Am 22. Juli starb nach
langem Leiden unser langjähriger-treues Mitglied
Ruppert Schärer, 46 Jahre alt. — Am
26. Juli starb unser Kollege **Georg Greisinger**,
48 Jahre alt, an Lungenleiden. — **Wiesbaden.** Am
25. Juli starb der Verbandskollege **Sylvester
Bogenrieder**, 28 Jahre alt, an Lungenleiden.
Straßburg. Am 1. August starb plötzlich unser treuer
Verbandskollege **Franz Markuzik** im Alter
von 48 Jahren an Herzschlag.
Reine. Am 1. August starb nach langem Krankenlager
unser treuer Verbandskollege **Heinrich Harms**
in Wolzorf im Alter von 32 Jahren an der Zucker-
krankheit.
Schweinfurt. Am 30. Juli ist unser Verbandskollege
Karl Knüppel im Alter von 39 Jahren beim
Baden erkrankt.
Teterow. Am 31. Juli starb unser-treues Mitglied
H. Koch aus G.-Roge im 68. Lebensjahre.
Verden a. d. Aller. Am 28. Juli starb unser lang-
jähriger Verbandskollege **Johann Brunns** im
Alter von 39 Jahren an Schienenschnitzung.
Ehre ihrem Andenken!

Barby. Der Kassierer **Julius Lüdike** wohnt
jetzt: Rognerstraße.

Essen-Rothhausen. Das Verbandslokal der Bezirks-
Rothhausen befindet sich jetzt beim
Herrn Leopold Rolf, Grundstraße.
[M. 1,20]. Der Vorstand.

Kempten. Die Adresse des Vorsitzenden lautet:
Josef Heis, Kirchstr. R 122.
[90 A]. Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.
Zahlstelle **Cöln a. Rh.**
Die Adresse des Bevollmächtigten ist **Alex Kahn**,
Severinswall 26, 2. St. [M. 1,50]. Die Verwaltung.
Anton Gatzka, sende mir, bitte, Deine Adresse.
[90 A]. **Friedr. Kallmeyer**,
Mülheim a. d. Ruhr, Speldorf, Garstr. 50.

Versammlungs-Anzeiger.
Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle
Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonabend, den 8. August.
Elmshorn. Abends 8 1/2 Uhr bei G. Waizer. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 9. August.
Granssee. Nachm. 3 1/2 Uhr im Franziskaner Lokale.
Grosswig. Nachm. 3 1/2 Uhr beim Gastwirt Thomas.
Neu-Hardenberg. Nachm. 1 Uhr bei Herrn Kühne.
Niemegk. Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagesordnung!
Zerbst. Nachm. 3 1/2 Uhr im Speichischen Lokale.

Diensdag, den 11. August.
Liegnitz. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vortrag über: Das
Wirtschaftsleben der Wölter.
Schmölln. Abends 6 Uhr im „Einigkeit“. Wichtige Tagesordnung!

Donnerstag, den 13. August.
Altenburg. Abends 6 1/2 Uhr im „Adler“.

Freitag, den 14. August.
Berlin. (Baldosenmaurer.) Abends 8 Uhr bei Bieder, Weberstr. 17.

Sonntag, den 16. August.
Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr in der „Pflanzharmonie“.

Gardelegen. Regelmäßige Versammlung.
Werder a. d. H. Nachm. 4 Uhr bei Rog. E.-D. Wasf eines Kaffeezers
und eines Hütsaffeezers.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Dietz & Co.
in Hamburg.